Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches

BAND 8

ULRICH SCHADE

DAS HANDWERK IM REICHSGAU WARTHELAND



VOLK UND REICH VERLAG BERLIN

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches

Im Auftrage der Haupttreuhandstelle Ost und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Stabshauptamt, herausgegeben von Dr. Walter Geisler, o. Professor der Geographie an der Reichsuniversität Posen

BAND 1: Walter Geisler: DEUTSCHER! DER OSTEN RUFT DICH! 104 Seiten mit 14 Abbildungen und 1 Kartenskizze, 8° . . . . RM 1.35

BAND 2: Walther Kieser: DER AUFBAU IM GEBIET UM ZICHENAU. 44 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° RM —.90

BAND 3: Otto Dröscher / Hermann Thomsen: DIE WEICHSEL / DANZIG ALS HANDELS- UND WIRTSCHAFTSPLATZ. 38 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM —.90

BAND 4: *Georg Blohm:* SIEDLUNG UND LANDWIRTSCHAFT IM REICHSGAU DANZIG-WESTPREUSSEN. 42 Seiten mit 8 Abbildungen und 1 Kartenskizze, 8° . . . . RM 1.—

BAND 5: Walter Lorenz: DIE HANDWERKLICHE ANSIEDLUNG IM REICHSGAU DANZIG-WESTPREUSSEN. 54 Seiten mit 7 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

BAND 6: Oskar Häfner / Hans Appel: INDUSTRIE UND HANDEL IM REICHSGAU DANZIG-WESTPREUSSEN. 56 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

BAND 7: Otto Rosenkranz: SIEDLUNG UND LANDWIRTSCHAFT IM REICHSGAU WARTHELAND. 42 Seiten mit 8 Abbildungen und 1 Kartenskizze, 8° . . . . RM 1.—

BAND 8: Ulrich Schade / Carl Doutiné: DAS HANDWERK IM REICHSGAU WARTHELAND. 60 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

BAND 9: Ulrich Schade: INDUSTRIE UND HANDEL IM REICHSGAU WARTHELAND. 57 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

BAND 10: Fritz Arlt: SIEDLUNG UND LANDWIRTSCHAFT IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN OBERSCHLESIENS. 60 Seiten mit 8 Abbildungen und 1 Kartenskizze, 8° . . . . RM 1.20

BAND 11: Böhm-Donalies: HANDWERK UND HANDEL IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN OBERSCHLESIENS. 54 Seiten mit 7 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

BAND 12: Günther Saath / Gustav Reitter: DIE OBERSCHLESISCHE INDUSTRIE DER EINGEGLIEDERTEN OSTGEBIETE. 52 Seiten mit 8 Abbildungen und 2 Kartenskizzen, 8° . . . . RM 1.20

Ein abschließender Band über den gesamten deutschen Osten wird vorbereitet

VOLK UND REICH VERLAG BERLIN W 9

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches

Im Auftrage der Haupttreuhandstelle Ost
und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Stabshauptamt, herausgegeben von Dr. Walter Geisler, o. Professor der Geographie an der Reichsuniversität Posen

Band 8



1 9 4 2

Volk und Reich Verlag Berlin

Das Handwerk im Reichsgau Wartheland

von

Ulrich Schade

unter Mitarbeit von Carl Doutiné



1 9 4 2

Volk und Reich Verlag Berlin

Umschlagentwurf Erich Ecke. Druck der Buchdruckerei Dr. W. u. C. Brönner, Potsdam-Babelsberg

Inhaltsverzeichnis

Die Bildvorlagen stellten zur Verfügung: Pressefoto Bogner, Posen: S. 25 (2); Volk und Reich (Marga Möckel), Berlin: S. 26 (2), 27 (2), 28 (2).

Das Wartheland verdankt seine Freiheit und Eingliederung in das Großdeutsche Reich dem Entschluß des Führers und dem Einsatz deutscher Soldaten. Damit ist ein Gebiet, das berufen ist, ein blühendes Bauernland und eine Heimat für Geschlechterreihen deutscher Menschen zu werden, dem Reich zurückgegeben worden. Schon jetzt hat der Reichsgau Wartheland weit über 300 000 Umsiedler aus dem Osten und Südosten aufgenommen, die mit den einheimischen Volksdeutschen und den aus allen Gauen gekommenen Reichsdeutschen ans Werk gegangen sind, um den Dank an den Führer durch einen möglichst hohen Kriegsbeitrag und durch intensivste Aufbauarbeit abzustatten.

Was im Wartheland geleistet wird, ist eine großdeutsche Gemeinschaftsarbeit, die wiederum dem ganzen deutschen Volk zugute kommen soll. Darüber hinaus ist das Wartheland, begünstigt durch seine verkehrspolitische Lage, zugleich die Brücke des Reiches zum ganzen Osten und bietet für Handel, Handwerk und Industrie weiteste Entwicklungsmöglichkeiten. Zu allen Zeiten haben sich deutsche Menschen für den Osten begeistert und hier die Erfüllung ihres Lebens gefunden.

Der Blick des deutschen Volkes ist heute mehr denn je auf den Osten gerichtet. Vom Osten zu künden und das deutsche Volk mit dem Wert und dem Wesen des Warthelandes vertraut zu machen, ist der Sinn der vorliegenden Schrift.

Arthur Greiser

Gauleiter und Reichsstatthalter im
Reichsgau Wartheland

Vorwort des Herausgebers

Als seitens der Haupttreuhandstelle Ost, Berlin, und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums die Aufforderung an mich erging, eine Schriftenreihe über die Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten herauszugeben und den einführenden Band zu schreiben, habe ich diese Aufgabe mit besonderem Eifer in Angriff genommen. Ich danke Herrn Bürgermeister Dr. Winkler und ϟϟ-Brigadeführer Greifelt für das mir bewiesene Vertrauen. Durch meine vielfache Beschäftigung mit den Problemen des deutschen Ostens, die in die Zeit des Weltkrieges zurückreicht, glaube ich in der Lage zu sein, die mir gestellte Aufgabe zu erfüllen.

Die Anlage vorliegender Schriftenreihe lag auch dem Umfang nach von vornherein fest. Außer einem einführenden Heft über den Gesamtraum sollen die anderen elf Hefte der Reihe die einzelnen politischen Räume des eingegliederten Ostgebietes behandeln. Das nächste Heft gibt Auskunft über Entwicklungsmöglichkeiten des in erster Linie bäuerlich orientierten Regierungsbezirkes Zichenau, ferner ist ein Heft der See- und Binnenschiffahrt von Danzig-Gotenhafen und der Weichsel gewidmet. Die übrigen neun Hefte sind zu je drei Heften dem Reichsgau Danzig-Westpreußen, dem Reichsgau Wartheland und dem Regierungsbezirk Kattowitz der Provinz Oberschlesien gewidmet und behandeln Bauerntum und Landwirtschaft, ferner das Handwerk sowie Industrie und Handel.

Die Herren Mitarbeiter, denen ich auch an dieser Stelle für die aufopferungsvolle Arbeit von Herzen danke, haben in der Abfassung ihrer Hefte völlig freie Hand gehabt. Es sollte jeder aus seiner eigenen Erfahrung heraus — und jeder ist mit den Aufgaben des deutschen Ostens schon lange und eingehend vertraut — zu den Fragen des Aufbaues und namentlich der Ansetzung deutscher Menschen, seien es nun Bauern, Handwerker oder Kaufleute, Gefolgschaftsmitglieder oder Unternehmer, Stellung nehmen und diese so darstellen, daß sich der Volksgenosse eine möglichst klare und anschauliche Vorstellung von dem Lande im deutschen Osten machen kann.

Durch diese freie Gestaltung der einzelnen Beiträge mag die Einheitlichkeit der Darstellung der Reihe als Ganzes zurückgetreten sein, wir haben aber als wertvollen Ersatz die lebensvolle Stellungnahme der einzelnen Verfasser eingetauscht, und damit ist eine große Ursprünglichkeit der Beiträge erreicht worden, durch die das Dargebotene zweifellos an Überzeugungstreue gewonnen hat.

Selbstverständlich ist jeder der Verfasser mit großem Idealismus an seine Aufgabe herangetreten, was sich je nach dem Temperament verschieden auswirkt, immer aber ist der klare Blick zu erkennen, der die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind. Der Leser kann also nicht tönende Worte erwarten, die ihn im Augenblick hinreißen können, die aber nicht geeignet sind, einen ernsthaften Bewerber treu zu beraten und ihn zu dem festen Entschluß zu führen, sich im Osten anzusiedeln. Es ist jegliche Übertreibung in irgendeiner Richtung strengstens vermieden worden.

Die einzelnen Hefte der Reihe sollen den Volksgenossen über die Lage und über die Aussichten der Ansiedlung für die verschiedenen Berufsgattungen im allgemeinen unterrichten. Wenn er sich entschlossen hat, nach dem Osten zu gehen, dann muß er sich an die zuständigen amtlichen Stellen wenden, die ihm den Weg zu den staatlichen und parteiamtlichen Stellen weisen. Dort wird er dann über alles das unterrichtet werden, was für seinen besonderen Fall zu wissen notwendig ist.

Die Schriftenreihe wird dem deutschen Volksgenossen in die Hand gegeben, damit er sich von den besonderen Verhältnissen des deutschen Ostens eine Vorstellung machen und sich die Frage vorlegen kann, ob auch er nicht gut daran tut, für sich und seine Nachkommen im deutschen Osten eine neue Heimat zu gründen.

Walter Geisler

Zur Einführung

Der von dem Handwerk im Wartheland zu erfüllende Aufgabenkreis ist für die gesamten Interessen des deutschen Volkes ebenso bedeutungsvoll wie für den einzelnen Mitkämpfer fesselnd und befriedigend. Hier wächst jeder Deutsche über sein bisheriges Arbeitsfeld hinaus; er muß die in ihm ruhenden schöpferischen Kräfte voll und ganz entwickeln, um den Ansprüchen der Ostgebiete genügen zu können. Die Pflichten des Handwerkers erschöpfen sich daher nicht in der allgemeinen Versorgung der Volksgenossen mit den wesenseigenen Artikeln wie z. B. Lebensmittel: Brot und Fleisch oder mit Schuhmacherarbeiten und ähnlich gearteten Erfordernissen. Diese Tätigkeit bildet nur eine Grundlage für die großen und einmaligen Aufgaben in den neu hinzugekommenen Gebieten: diese gewaltigen seit 20 und zum Teil mehr Jahren unter polnischer Herrschaft stehenden Landstriche dem deutschen Menschen zu erschließen und dem Altreich in jeder Beziehung einzugliedern.

Das Ausmaß dieser Aufgabe kann sich ein Außenstehender kaum vorstellen. Ihre Erfüllung verlangt charaktervolle und bewußt deutsche Menschen, die bereit sind, zur Erringung dieses Zieles ihre ganze Kraft einzusetzen, als Pioniere des deutschen Volkes bestehende sachliche Schwierigkeiten zu überwinden und in der Übergangszeit vorhandene Erschwernisse und persönliche Mühen auf sich zu nehmen.

Die Auswirkung dieses Einsatzes wird sich zugleich in einer heute noch nicht übersehbaren wirtschaftlichen Entwicklung zeigen.

Polnische Vergangenheit

und deutsche Zukunft des Warthegaues

In der Zeit der polnischen Herrschaft hatte das Wartheland eine Periode des Verfalls und des Stillstandes erlebt. Der Anlaß für diesen Rückgang ist — wie stets — in einer Reihe von Gründen zu suchen. Die bedeutungsvollsten liegen in den Bestimmungen des „Versailler Friedensvertrages" sowie in dem polnischen Chauvinismus in Verbindung mit den untragbaren polnischen Auffassungen von der Gestaltung der Wirtschaft.

Durch den „Friedensvertrag" wurde die frühere preußische Provinz Posen vom Altreich getrennt. Damit wurden die seit Jahrzehnten mit den Nachbarprovinzen aufgebauten Verbindungen rücksichtslos unterbunden, eine Tatsache, die sich nicht nur für die Provinz Posen sondern auch für die beim Altreich verbliebenen Provinzen außergewöhnlich nachteilig bemerkbar machte.

Auch die frühere Provinz Posen war ein Bauernland. Ihre Ernten überstiegen im beachtlichen Umfang die Durchschnittsergebnisse der übrigen Provinzen. Diese Feststellung trifft vor allem auf die Roggen- und Kartoffelernten zu. Nach einer im Jahre 1913 durchgeführten Erhebung entfielen je Kopf der ansässigen Bevölkerung in

1913	Roggen	Kartoffeln
Ostpreußen	305.9 kg	1 492,2 kg
Westpreußen	329,5 kg	1 606.2 kg
Posen	605,1 kg	2 360,5 kg
Reich	160,0 kg	662,4 kg

Diese Ernten wurden vorwiegend in das Altreich geliefert und nur zu einem geringen Teil in einheimischen Fabriken ausgewertet. Mit der Grenzziehung entfielen die Absatzmärkte und damit auf deutscher Seite die maßgebendsten Bezugsquellen für die Versorgung des deutschen Volkes. Mangels eines industriellen Ausgleiches wirkten sich naturgemäß die wirtschaftlichen Folgen um so nachhaltiger aus.

Während in den ersten Jahren der polnischen Herrschaft noch Möglichkeiten eines Warenverkehrs mit dem Altreich gegeben waren, änderte sich dieses Bild im Verlaufe der Zeit immer sichtbarer zuungunsten der noch in der Provinz Posen wohnenden Deutschen. Die Polen lehnten eine Einschaltung des kulturell hochstehenden und aufbauenden deutschen Elements in den Wirtschaftsprozeß des neugegründeten polnischen Staates ab und begannen einen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum, der sich nach und nach in seiner Rücksichtslosigkeit und Brutalität zu außergewöhnlichen Formen steigerte, deren Höhepunkt wir in den


O S T S E E
Memel
Memel
Tilsit
Danziger Bucht
KÖNIGSBERG
Stolp
Gotenhafen
DANZIG
OSTPREUSSEN
Elbing
Dirschau
Marienburg
Sudauen
POMMERN
DANZIG-WESTPREUSSEN
Allenstein
Graudenz
Kulm
Strasburg
Briesen
Bromberg
Schneidemühl
Thorn
Netze
Narew
Warthe
Hohensalza
Zichenau
Ostenburg
Bug
Leslau
Schröttersburg
Weichsel
Gnesen
Posen
Modlin
Wreschen
Konin
WARSCHAU
Kutno
WARTHELAND
Lentschütz
GENERAL-GOUVERNEMENT
Lissa
Krotoschin
Kalisch
Litzmannstadt
Ostrowo
Schieratz
Oder
NIEDER-SCHLESIEN
BRESLAU
Oppeln
OBERSCHLESIEN
Beuthen
KATTOWITZ
KRAKAU
Weichsel
Bielitz
Oder
0 20 40 60 80 100 km
Grenze des Großdeutschen Reiches
Nach dem Polenfeldzug 1939 eingegliederte Ostgebiete
VOLK UND REICH KARTE

„Bromberger Tagen" erleben konnten Option, Liquidation, Annulation, Grenzzonengesetz, Agrarreform, Kontingentierung u. a. sind wichtige Merksteine auf dem Wege der Verdrängung und Beseitigung der Deutschen. Diese Mittel waren so erfolgreich, daß die unmittelbar an der deutschen Grenze liegende Stadt Birnbaum, welche zur preußischen Zeit noch zu 95 v. H. Deutsche zählte, bei der Wiedervereinigung im September 1939 gegensätzlich 87 v. H. polnische Elemente aufwies. In der jetzigen Gauhauptstadt Posen verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil von 41,7 v. H. im Jahre 1910 auf 1,8 v. H. im Jahre 1934 — nach einer privaten deutschen Zählung. Ähnliche Zahlen sind auch in anderen Städten feststellbar. Hierbei ist jedoch im allgemeinen die Minderung in den städtischen Bezirken eine vielfach stärkere als in den ländlichen, abgesehen von den unter das Grenzzonengesetz fallenden Gebieten. Hierauf ist es auch zurückzuführen, daß gegenwärtig auf dem Lande verhältnismäßig mehr volksdeutsche Handwerker angetroffen werden als in den Städten.

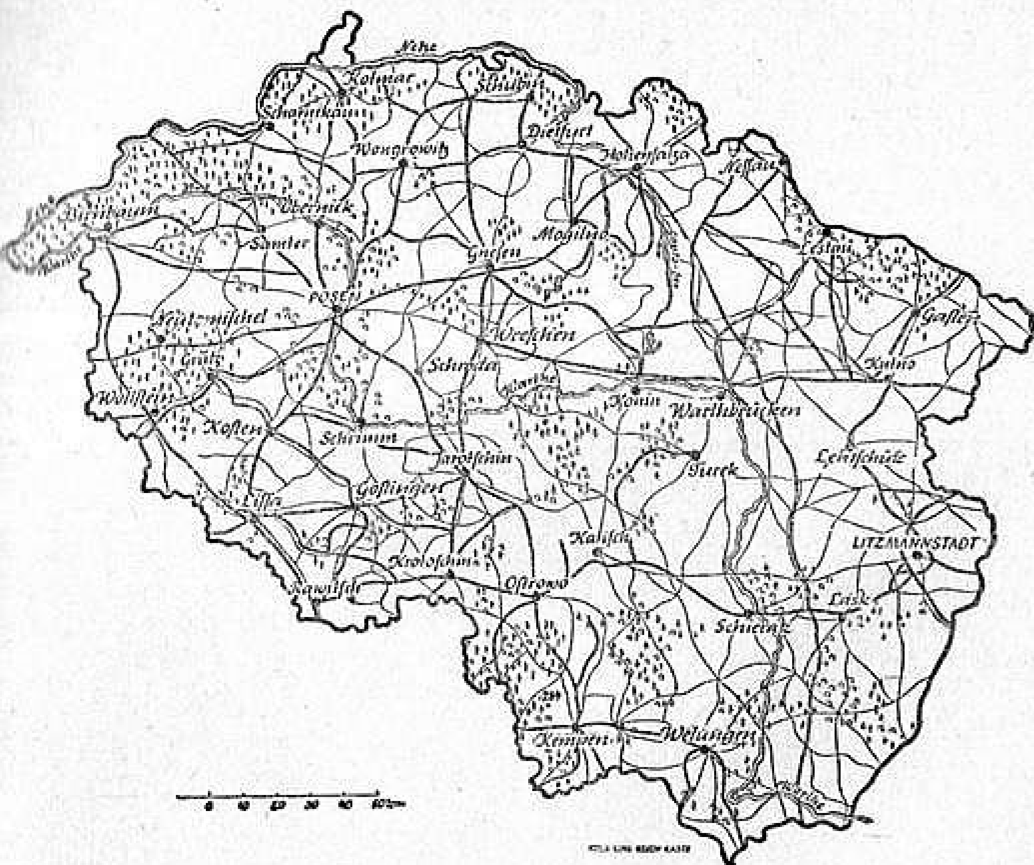
Zu den politischen und finanziellen Erschwernissen traten noch die polnischen Forderungen nach einer Ostorientierung des Gebietes hinzu. Der kulturell und zivilisatorisch hochstehende Deutsche mit seinen hohen Begriffen von Arbeit, Qualität, Fleiß, mit seinem Können und seiner Aufgeschlossenheit gegenüber modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen wurde gezwungen, sich nach dem gegenteilig gearteten Polen auszurichten.

Diese gegensätzlichen Verhältnisse werden am trefflichsten durch den Begriff „Polnische Wirtschaft" gekennzeichnet. Mit diesem Wort verbindet man eine Vorstellung von Unordnung, Schmutz, Unsauberkeit, primitiven Verhältnissen — oft mit einem Anflug von Verfall — sowie von Menschen, denen eine höhere Kultur, ein Streben nach Aufwärtsentwicklung fehlt, die mit den einfachsten Lebensbedingungen vorliebnehmen und daher auch nicht in der Lage sind, die ihnen anvertrauten oder von ihnen erworbenen höherwertigen Güter wenigstens in diesem Zustand zu erhalten.

Wer an dem polnischen Feldzug teilgenommen hat, kennt diese Verhältnisse zur Genüge. Er erinnert sich an die dreckigen kongreßpolnischen Dörfer, durch die man kaum wandern möchte, an die unsauberen Einzelhandelsgeschäfte, an die primitiven Handwerkerstuben, in denen Hammer, Ledermesser und ein Schemel nebst Brett die gesamte Einrichtung eines Schuhmachers, Pinsel, Farbtopf und eine Leiter die eines Malers, Amboß, Hammer, Meißel und weniges anderes Handwerkszeug die eines Schlossers oder Schmiedes ausmachten. „Herren- und Damen-Frisiersalons", die sich oft in kleinen Räumen von 3×4 m befanden, die in der Mitte durch einen schmutzigen Vorhang in die beiden Salongruppen geteilt waren, verfügten jeweils nur über 1 oder 2 Stühle mit stark abgenutztem Leder, einem erblindeten Spiegel ohne weitere Einrichtung für Kopfwäsche usw. Selbstverständlich gibt es auch in diesen Berufsgruppen größere Unternehmungen, die eine bessere Ausstattung haben. Sie sind jedoch selten, und man trifft sie höchstens in den ganz wenigen größeren Städten an. Er erinnert sich ferner an die unsauberen Wohnungen und an einen besonders stark empfundenen Mangel: dem Fehlen der notwendigsten hygienischen Einrichtungen, die ihn veranlaßten, lieber im Freien zu nächtigen als sich einer solchen Hütte anzuvertrauen.

Der Durchschnittspole verfügt über keine ausgesprochene Wohnkultur. Dieses gilt nicht nur für die Verhältnisse in den kleineren Orten, sondern auch für die größeren Städte, für die Wohnungen der Minderbemittelten als für die der reichen Familien. Als Beispiel seien die Verhältnisse der Großstadt Litzmannstadt mit ihren nahezu 700 000 Einwohnern angeführt. Diese Stadt hat bis heute noch keine Kanalisation und Wasserleitung. Die Bevölkerung sitzt überwiegend in unvorstellbar ungesunden Wohnungen. An erster Stelle stehen hier die Einzimmer-„Wohnungen", eine Erscheinung, wie wir sie auch in vielen anderen Städten vorfinden. In solchen Zimmern hausen nach amtlichen Feststellungen 7 bis 9 Menschen, in vielen Fällen sogar 17 bis 20 Polen. Die Wohndichte Litzmannstadts beträgt daher rund 11 500 Menschen auf den Quadratkilometer und erreicht damit fast das Vierfache der Bevölkerungsdichte bei Städten gleicher Einwohnerzahl im Altreich wie Breslau, Essen, Düsseldorf, die etwa 3000 bis 4000 Menschen je Quadratkilometer aufweisen. Diese „Wohnungen" befinden sich nicht nur in den Vorstädten sondern auch in den Seitenflügeln der Wohngrundstücke an den Hauptstraßen der Stadt.

Die Auswirkung dieses unglaublichen Wohnungselends zeigt sich in der Statistik des Arztes. Gerade in dieser Stadt wie auch in den Orten mit gleichen



Wohnungsverhältnissen trifft man auf außergewöhnlich hohe Zahlen von Seuchenerkrankungen und Tuberkulosefällen. In Litzmannstadt konnten in den letzten Jahren der polnischen Herrschaft im Durchschnitt 27 Todesfälle an Tuberkulose gegenüber 7 Todesfällen auf 10 000 Einwohner im Altreich festgestellt werden. Von diesen entfielen über 75 v. H. auf Einwohner der Einzimmer-Wohnungen. Darüber hinaus wird durch das enge Zusammenwohnen die Verbreitung dieser Seuchen noch wesentlich gefördert, da nach einer amtlichen Untersuchung in dieser Stadt allein mehrere Tausend Tuberkulosekranke mit einer vielfachen Anzahl gesunder Menschen in einem Raum, wenn nicht sogar in ein und demselben Bett zusammenhausten.

In sanitärer Hinsicht ist hierbei zu bedenken, daß die meisten Brunnen bei ihrer nur geringen Tiefe und der Nähe der ständig überlaufenden Gruben mehr oder weniger als verseucht zu gelten haben.

Noch ein anderes Beispiel aus einer kleineren Stadt: Kutno. Aus einer Vielheit von charakteristischen und gleichgearteten polnischen Wohnungsbildern sei nur ein einziger Fall herausgegriffen: ein erfaßtes Haus in Kutno besteht aus 5 Wohnungen zu je einem Raum ohne Nebengelaß. Die Wohnungen sind wie folgt besetzt:

1. Wohnung bzw. Raum: Mutter (früher auch Sohn, heute in Gefangenschaft), Schwiegertochter und 2 Kinder. Monatsmiete: RM 4,—. Einkommensquelle: Schwiegertochter arbeitet im Stadtpark und erhält RM 2,— täglich.
2. Wohnung bzw. Raum: Ehepaar und 6 Kinder. Monatsmiete RM 4,—. Einkommensquelle: Mann RM 60,— monatlich.
3. Wohnung bzw. Raum: Mutter, 4 große Kinder und 1 erwachsene Tochter mit Kind. Monatsmiete RM 4,—. Einkommensquelle: Tochter Landarbeiterin, Lohn etwa RM 60,— monatlich.
4. Wohnung bzw. Raum: 1 Ehepaar, monatliche Miete RM 3,—.
5. Wohnung bzw. Raum: 1 Ehepaar, monatliche Miete RM 3,—.

Wir finden in Kutno weiter kleine Holzbuden, die allen Ernstes den Eindruck eines alten Hühnerstalles oder eines geräumigen Abtritts erwecken, die jedoch einer Familie als Wohnung dienen.

Ein anderes Beispiel: Ein in einem Villenvorort von Posen von einem polnischen Major etwa in dem Jahre 1934—1935 errichtetes Villengrundstück. In diesem Neubau befinden sich weder elektrisches Licht noch Gas noch Kanalisation noch eine Wasserleitung. Hingegen sind die Wände in einfachster Weise gekalkt und 1 bis 2 Zimmer mit primitiven aufgemalten Blumen bzw. Vierecken verziert. Einige Türen bestehen aus ausgesprochenen Kistenbrettern ohne Türklinke oder Schloß.

Entsprechende Verhältnisse finden wir auch auf vielen Schlössern der reicheren Familien, aber auch in den Geschäftsräumen der Fabriken, Handelsgeschäfte und Handwerkerstuben. In dumpfen und sehr oft dämmrigen Stuben arbeiten hier die Polen in den überwiegendsten Fällen als Handarbeiter, da nur an wenigen Stellen moderne Maschinen verwandt werden. Trifft man gelegentlich auf eine solche, so handelt es sich in den meisten Fällen wiederum um veraltete und daher unrationell arbeitende Typen, da die Preise für neue Maschinen wegen des Zolls sich vielfach auf das 3½ fache gegenüber dem Reich stellten.

Allerdings hat diese ständige Handtätigkeit vor allen Dingen bei den Angehörigen bestimmter Sparten eine nicht unbeachtliche Fertigkeit gezeigt, so daß man viele Schuhmacher, Glasbläser, Tischler, Schlosser als nicht unbefähigte Handwerker ansprechen muß. Dieser Maschinenmangel steht in einem bezeichnen-

den Gegensatz zu den deutschen Menschen. Es gibt wohl kaum einen deutschen Durchschnittshandwerker, dem es im Laufe der Zeit nicht gelingt, zur Förderung seiner Arbeit eine Steppmaschine oder eine Drehbank oder eine Hobelbank usw. anzuschaffen.

Die geistige Einstellung des polnischen Arbeiters ist entsprechend zu bewerten. Er ist meistens nur insoweit geneigt zu arbeiten, als er unter Aufsicht oder unter der Herrschaft eines Dritten steht. Zufolge seiner jahrhundertelangen Unterwerfung als Fronarbeiter ist er heute noch nicht imstande, sich von dieser Vergangenheit zu befreien.

Ein gleichwertiges Charakteristikum ist seine ausgesprochene Bedürfnislosigkeit und primitive Lebensweise. Mit Einnahmen, die ein deutscher Mensch nur als die Deckung des notwendigsten Lebensunterhalts und daher höchstens als eine kurze vorübergehende Erscheinung anspricht, ist der Pole zufrieden. So kennt man Fälle, in denen ein polnischer Schneidergeselle, 23 jährig, einen Monatslohn von Zl. 23,— bis 24,— bei freier Station hatte, ein Schuhmachergeselle einen solchen von Zl. 18,— bis 20,—. Die Durchschnittseinnahmen eines selbständigen Schuhmachers betrugen in einigen Orten der östlichen Gebiete etwa Zl. 50,— bis 60,—, eines Schneiders Zl. 70,— bis 80,—, eines Friseurs Zl. 75,— bis 85,—. In entsprechender Weise forderte ein Schneider für die Fertigung eines Anzuges ohne Zutaten in einem Ort des Kreises Warthbrücken etwa Zl. 15,— bis 20,—, in einem solchen des Kreises Kempen etwa Zl. 40,—, in der Stadt Posen 60 bis 80 Zl., hingegen wiederum in der kleineren Stadt Gnesen 40 Zl. sowie auf dem Lande des Kreises Hohensalza 25 Zl.

Diese primitiven Lebensverhältnisse hindern jedoch den Polen nicht, nach außen hin großspurig und überheblich aufzutreten, um als mehr zu erscheinen, als er in Wirklichkeit ist. So trifft man immer wieder auf die Bezeichnung „Fabrik", während lediglich ein kleiner Handwerksbetrieb mit 1 oder 2 Hilfskräften vorliegt, wie wir es in vortrefflichster Weise bei den Spitzenfabriken der Stadt Kalisch feststellen konnten. Auf der gleichen Erwägung, zu der wohl noch die Überlegung hinzutritt, als Meister einen etwas höheren Verdienst als bei einer Betätigung als Geselle zu haben, beruht wohl das Streben des intelligenten Polen, sich unter allen Umständen selbständig zu machen, selbst bei Fehlen der finanziellen, technischen und fachmännischen Voraussetzungen. Nur hierauf kann die unglaubliche Übersetzung des polnischen Handwerks zurückgeführt werden. Kurz vor dem Kriege wurden bei der polnischen Handwerkskammer über 62 000 Anträge auf Bewilligung des Gewerbescheines als Handwerker gestellt, eine Zahl, von der von vornherein 25 000 Betriebe ihrer gänzlichen Unzulänglichkeit wegen abzusetzen sind. Von dem alsdann noch verbleibenden Rest dürften höchstens 10—15 v. H. der Unternehmungen nach deutschen Begriffen für so wertvoll anzusehen sein, daß sie unter Umständen von einem deutschen Handwerker verwaltet oder geführt werden können.

Auf der gleichen geistigen Einstellung ist auch die außergewöhnliche Pflege des äußeren Menschen beim Durchschnittspolen zurückzuführen. Charakteristisch für dieses Verhalten ist die Tatsache, daß bei der registrierten Zahl der einzelnen Handwerksbetriebe Schneider mit über 9350 Anträgen bei weitem an der Spitze

marschierten, denen die Schuhmacher mit 8700 und an siebenter Stelle bereits die Friseure mit 3140 Handwerkern folgten.

Nach dieser „Polnischen Wirtschaft“ mußten sich die ehemaligen deutschen Gebiete nunmehr ausrichten. Es ist naturgegeben, daß der früher erzielte Hochstand auf allen Gebieten nach und nach einen Stillstand und sogar einen Rückgang erlitt.

In der Landwirtschaft als dem tragenden Faktor dieses Gebietes gingen die Ernten im Durchschnitt um 10—20 v. H. zurück. Während in den preußischen Zeiten noch größere Mengen Kunstdünger für die Hebung des Bodens benutzt wurden, sank der Verbrauch in der Zeit der polnischen Herrschaft außergewöhnlich herab. So betrug der Verbrauch an Phosphordünger in der Provinz Posen 1913 noch 335 000 t, in dem gesamten polnischen Reich im Jahre 1938 jedoch nur noch 251 000 t mit einem Anteil von etwa 60 000 t für Posen. Die gleichen Verhältnisse lagen bei der Verwendung von Kalidünger vor. 305 000 t Aufwand im Jahre 1913 standen 1938 nur 143 500 t im gesamten polnischen Reich gegenüber. Es trat damit allgemein ausgesprochener Raubbau statt Aufbau ein. Auf diesem Wege wurden aus der Kornkammer trotz dieser Vernachlässigung in den Jahren 1928—1930 im Jahresdurchschnitt noch über 446 000 t Getreide und Mehl ausgeführt.

Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues setzte ein fast vollständiger Stillstand ein. Die Häuser wurden nur in den dringendsten Fällen insoweit erneuert und repariert, als es zur Erhaltung des Grundstücks nicht mehr zu umgehen war. Deswegen finden wir heute kaum ein Haus vor, das nicht dringend einer Reparatur, eines Neuanstriches oder sogar eines weitergehenden Umbaues bedarf.

Die von den Deutschen angelegten Straßen wurden in keiner Weise vervollständigt und nach den neuesten Grundsätzen der Straßenbaukunst erneuert.

Der polnische Handwerker und der polnische Kaufmann eröffneten Unternehmungen, die aber vielfach nur hinvegetierten, weil ihre Inhaber sich den Verhältnissen gegenüber mehr oder weniger passiv verhielten und die durch die polnische Regierung herbeigeführte Notlage des Deutschtums nicht im schöpferischen Sinne auswerten konnten. Die deutsche Überschrift über den Läden und die deutsche Sprache wurden zurückgedrängt.

Im Gesamtergebnis kann man jedoch sagen, daß trotz dieser von der polnischen Regierung so stark unterstützten polnischen Bewegung das Gebiet der ehemaligen preußischen Provinz Posen seinen deutschen Charakter grundsätzlich nicht verloren, sondern höchstens nur einen polnischen Überzug erhalten hat. Weitere Einzelheiten sollen noch in den späteren Abschnitten behandelt werden.

Mit der siegreichen Beendigung des 18tägigen polnischen Feldzuges trat in diese Verhältnisse ein grundlegender Wandel ein. Altes germanisch-deutsches Siedlungs- und Kolonisationsgebiet wurde dem Deutschen

Reich erneut angegliedert. Der neugebildete Warthegau erhielt seine Grenzen an der Weichsel und umfaßte mit seinen 4 427 000 ha nicht nur die Gebiete der ehemaligen preußischen Provinz Posen, sondern auch einige kongreßpolnische Kreise, die bislang unter polnischer und früher unter russischer Herrschaft gestanden hatten. Damit sind bereits die ungeheuren Ausmaße der künftigen Aufgaben umrissen.

Durch die Vergrößerung der ehemaligen Provinz Posen ist ihr bisheriger Charakter als ausgesprochenes Landwirtschaftsgebiet nicht verlorengegangen, sondern nur weiter befestigt worden. Zu der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 800 000 ha sind weitere 1 450 000 ha hinzugetreten, so daß nunmehr rund 25 v. H der Roggen- und beinahe 20 v. H. der Zuckerrüben- und Kartoffelanbaufläche des Reiches im Wartheland liegen und rund 75 v. H. des Gaues landwirtschaftlichen Charakter trägt. Aus diesem Grunde sind auch rund 50 v. H. der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt — gegenüber nur etwa 18 v. H. im Altreich.

In den 1½ Jahren deutscher Herrschaft ist bereits ein gewaltiges Aufbauwerk durchgeführt worden. Die Verwaltungen und Organisationen von Partei und Staat stehen und sind mit pulsierendem Leben erfüllt. Die in den weiten Korn- und Fruchtfeldern der ostdeutschen Ebene liegenden Kräfte sind für die deutsche Kriegswirtschaft weitestgehend mobilisiert worden. Aus der anfänglichen Unsicherheit ist ein Land von absoluter Ruhe und Ordnung geworden. Mit Stolz konnte daher der Gauleiter vor kurzem sagen: „Der Zusammenbruch des Polnischen Staates und das gewaltige Aufbauwerk, das in den 1½ Jahren danach von deutscher Hand im Osten in Angriff genommen wurde, haben mit aller Klarheit gezeigt, auf welcher Seite das Besitzrecht an diesem Lande liegt."

Die wenigen im Anfang hier tätig gewesenen Männer haben hierbei nicht nur ein außergewöhnliches Maß von Arbeit bewältigt sondern einen hohen Grad von Einsatzbereitschaft bewiesen. Ihre Aufbautätigkeit in dem noch polnisch atmenden Land mit dem Zurückstellen von allen persönlichen Wünschen, der Übernahme von Unbequemlichkeiten und Mühen jeder Art, dem ewigen Kampf mit polnischem Schmutz und Ungezieser ist Ausdruck eines wahren Kämpfertums, das in dem Kampf der inneren Front um die Befreiung des Vaterlandes mit an erster Stelle genannt werden muß.

Beim Aufbauwerk ist in erster Linie der tragende Pfeiler des Gaues, die Landwirtschaft, so zu fördern, daß das Wartheland in baldmöglichster Zeit wieder als Bauernland die große Kornkammer des Reiches wird. Bereits in dem ersten Jahre konnten in dieser Richtung beachtliche Erfolge erzielt werden. Der Gau war in der Lage, dem Altreich rund 300 000 t Brotgetreide, 95 000 t Speisekartoffeln, etwa 400 Waggon Zwiebeln sowie Fische, Obst und sonstige Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Das künftige Aufbauprogramm sieht insoweit eine Steigerung des Getreideüberschusses auf etwa 1,1 Millionen t jährlich vor. Die Fleischver-

sorgung soll den früheren polnischen Export von etwa 250 000 Schweinen auf über 750 000 Mastschweine erhöhen, ein Erfolg, der durch die große Erzeugung von Kartoffeln bedingt ist. In gleicher Weise ist man bestrebt, die Fett- und Milchproduktion zu steigern und die Gemüseproduktion zu fördern.

Eine Verwirklichung dieses Planes setzt eine intensivere Bewirtschaftung und eine vollständige Erneuerung bzw. Überholung des Maschinenparks, der Produktionsstätten, der Gutshäuser usw. voraus. Der dringendste Kapitalbedarf für die großdeutsche Landwirtschaft einschließlich der Ostgebiete und der kleineren Gebietsanfälle ist auf etwa 50—55 Milliarden RM veranschlagt worden, die sich auf die einzelnen Bedarfsposten etwa folgendermaßen verteilen sollen: rund 70 v. H. auf Um-, An- und Neubauten bäuerlicher Betriebe, je rund 10 v. H. für den Bedarf an Haus- und Hofgeräten sowie an Schleppern und Anhängegeräten sowie etwa 8 v. H. für Ackermaschinen und luftbereifte Ackerwagen. Diese Zahlen dürften sich für die Ostgebiete zugunsten der Geräte und Maschinen etwas verschieben, da gerade auf diesen Gebieten eine außergewöhnliche Vernachlässigung eingetreten war. Diese Zahlen lehren, daß Milliardenbeträge für die Intensivierung erforderlich sind. Aus dieser Überlegung heraus wünschen die zuständigen Behörden auch die Neuerrichtung von eisenverarbeitenden Industriebetrieben im Gau mit dem Ziele, die in der Landwirtschaft anfallenden Bedürfnisse weitestgehend im eigenen Lande herzustellen.

Mit diesem Problem steht auch die Reform der Siedlung im engsten Zusammenhang.

Neben diesen Arbeiten sind dringlichst die polnischen Mängel auf den Gebieten des Wohnungsbaues, des Verkehrsnetzes, der Energiewirtschaft, der Forstwirtschaft — um nur die wichtigsten zu nennen — zu beseitigen und durch neues Schaffen zu ergänzen oder gar zu ersetzen.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Industrialisierung des Gaues. Das Streben geht dahin, die Verwertung und Veredelung der selbstgeernteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch in weitestem Umfang im eigenen Gau vorzunehmen. So gehören u. a. die Mühlen- und Konservenfabriken nicht an den Rhein, sondern in den Warthegau. Eine wesentliche Rolle wird hierbei die lohnintensive Industrie spielen, die, siedlungspolitisch gesehen, weitere deutsche Menschen im Warthegau heimisch werden läßt. In Verwirklichung dieses Zieles werden die bereits bestehenden Fabriken überholt und zahlreiche neue Unternehmungen gegründet werden müssen. Auch die Aufnahme neuer Auswertungsmöglichkeiten — z. B. Zellstoffwerke für Kartoffelkraut — ist vorgesehen.

Auf weitere Einzelheiten wird in Abschnitt 2 eingegangen werden.

Das Kernproblem des Ostens ist jedoch die Befestigung des deutschen Volkstums. Es ist notwendig, den Volkstumskampf endgültig durchzuführen.

Die Aufgaben dürfen nicht wie in der früheren preußischen Zeit vom Verwaltungsstandpunkt aus gelöst werden. Der „Raum ohne Volk" muß systematisch und in einer solchen Weise besiedelt werden, daß diese Menschen einen lebenden Ostwall gegenüber dem Slawentum bilden.

In den vergangenen 1½ Jahren sind in dieser Richtung bereits erhebliche Erfolge erzielt worden. Deutsche Rückwanderer aus dem Baltenlande, aus dem Gouvernement, Cholmergebiet, aus Galizien, dem Buchenlande usw. sind nach einem genau festgelegten Plan angesiedelt worden. So wurden im Wartheland rund 51 000 Baltendeutsche eingesetzt, von denen etwa 45 000 auf die Städte und weitere 3000 auf landwirtschaftliche Betriebe verteilt worden sind. Etwa 29 000 Balten wurden in Posen, etwa 7500 in Litzmannstadt, etwa 3000 im Kreise Gnesen, etwa 2200 im Kreise Mogilno, etwa 1600 in Kalisch und etwa 1500 im Bezirk Hohensalza angesiedelt. Bei den Wolhynien- und Galiziendeutschen handelt es sich um etwa 120 000 Menschen, die ihre Heimat in erster Linie in den ehemaligen kongreßpolnischen Gebieten gefunden haben. Von den 30 000 Rückwanderern aus dem Cholmerland sind zahlreiche Volksgenossen von den Kreisen Schrimm und Schroda übernommen worden. Wenn man diese eingesetzten Rückwanderer nach ihren Berufen überprüft, so findet man in erster Linie nur bei den Buchenländern, den Galiziendeutschen und bei einigen Gruppen aus dem Gouvernement Handwerker vor, während die Baltendeutschen sich vorwiegend auf die Industrie, auf den Handel und auf die landwirtschaftliche Gruppe verteilen. Aus diesen Gründen bedarf gerade der Handwerkssektor eines starken Zustroms aus dem Altreich, der volkstumspolitisch gesehen um so dringlicher ist, weil der deutsche Handwerker bei seiner engmaschigen Verbreitung über den ganzen Gau und seiner Bodenständigkeit dem deutschen Ostwall einen besonders starken Rückhalt gewährt.

Die Einsatzmöglichkeiten für den deutschen Handwerker sind, wie aus dem Abschnitt 2 eingehender zu ersehen sein wird, außerordentlich große. Er kann erfolgen entweder durch Übernahme eines früheren polnischen Betriebes oder im Wege der Neuerrichtung eines Unternehmens.

Auf Grund der „Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen Polnischen Staates" vom 17. September 1940 unterliegt das Vermögen dieser Angehörigen der Beschlagnahme, kommissarischen Verwaltung und Einziehung. Mit dieser Verordnung ist die maßgebende Rechtsgrundlage für die Verwertung des beweglichen und unbeweglichen polnischen Vermögens gegeben.

Für Maßnahmen und Entscheidungen auf Grund dieser Verordnung ist die Haupttreuhandstelle Ost Berlin sowie für die Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zuständig. In Auswirkung dieser Verordnung hat die örtliche dem Reichsstatthalter des Warthegaues unterstehende Treuhandstelle Posen mit ihrer Nebenstelle Litzmannstadt bisher erfaßt und zum Teil auch beschlagnahmt:

	Treuhandstelle Posen	Treuhandstelle Litzmannstadt
1. Banken und Versicherungen	497	
2. Industrie	ca. 3 500	1 806
3. Handel	ca. 20 000	7 452
4. Handwerk	ca. 20 000	6 364
5. Sonstige Gewerbe	ca. 4 500	294
	ca. 48 497	15 916

mithin insgesamt ca. 64 413 Gewerbebetriebe, zu denen noch eine große Anzahl Grundstücke hinzukommen.

Die lebensnotwendigsten und wichtigsten Unternehmungen der Industrie, des Handels und des Handwerks sind mit kommissarischen Verwaltern — Angehörige aus den vorerwähnten Umsiedlergruppen sowie Reichsdeutsche und Danziger — zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft besetzt worden. Soweit andere Behörden wie Landräte, Bürgermeister usw. in der Übergangszeit Verwalter bestellt hatten, werden diese Treuhänder von den genannten Stellen bei Vorliegen der heute zu fordernden Voraussetzungen bestätigt.

Die Zahl der von der Treuhandstelle Posen eingesetzten bzw. bestätigten kommissarischen Verwalter in dem Sektor: Handwerk beläuft sich auf rund 4200 und die der Nebenstelle Litzmannstadt auf rund 1110.

Hiervon sind inzwischen insgesamt 1600 Betriebe an die komm. Verwalter verkauft worden. Die Bedingungen sind außerordentlich günstige, um den Einsatz zu erleichtern. Nähere Einzelheiten werden in dem Abschnitt 3 behandelt werden.

Die Lebensfähigkeit eines jeden Betriebes ist als gesichert anzusehen, da jede Bewilligung einer Neuerrichtung eines Handwerksbetriebes oder jede Bestallung zum kommissarischen Verwalter auf Grund einer eingehend für einen größeren Bezirk durchgeführten Planung erfolgt, welche von der neuerrichteten Handwerkskammer des Warthelandes in Posen in Verbindung mit den zuständigen Verwaltungsbehörden des Reichsstatthalters (Landräten, Oberbürgermeistern), bei reichsnährstandspflichtigen Handwerksbetrieben mit der Landesbauernschaft Wartheland (Getreidewirtschaftsverband, Viehwirtschaftsverband), mit dem SS-Ansiedlungsstab usw. aufgestellt wird.

Die Organisation der Handwerkskammer konnte bereits in dem letzten Jahre zum Abschluß gebracht werden. In verschiedenen Kreisen wurden Kreishandwerkerschaften errichtet, die bis zum Dezember 1940 auf 17 Dienststellen angewachsen waren. Die in den Städten Litzmannstadt, Hohensalza und Kalisch errichteten Dienststellen haben nach straffen Anweisungen der Zentrale in Posen die Aufgaben von Nebenstellen der Posener Handwerkskammer zu erfüllen. Darüber hinaus konnte in den letzten Monaten der Aufbau der Innungen als auch der verschiedenen Bezirksstellen im wesentlichen abgeschlossen werden.

Die Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten richtet sich nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Berufsgruppen in dem Bezirk sowie dem in Frage stehenden Ortsteil als auch nach dem von den obersten Behörden verfolgten Wirtschaftsziel. Es werden hierbei Umfang und Bedeutung der Abnehmerschaft, die Lage auf dem Rohstoffmarkt, die Struktur eines bereits bestehenden Geschäftes u. a. mit berücksichtigt. Um eine leistungsfähige Handwerkerschaft zu erhalten, sollen vorwiegend mittlere Betriebe mit einer mehrköpfigen Gefolgschaftszahl, die je nach der Berufsgruppe verschieden sein wird, angestrebt werden. Soweit bestehende polnische Betriebe den Ansprüchen nicht genügen, insbesondere keine Ausbaumöglichkeiten bieten, werden sie geschlossen und der bisherige Inhaber einem deutschen Betrieb als Angestellter zugewiesen. Solche Arbeitsgemeinschaften ehemaliger selbständiger polnischer Handwerksmeister unter nunmehr deutscher Leitung finden wir wiederholt im gesamten Wartheland vor. In der Gauhauptstadt Posen gibt es beispielsweise reine Schneiderwerkstätten mit 100—150 polnischen Angestellten sowie ähnlich starke Werkstätten, welche einem Einzelhandelsgeschäft als Nebenbetriebe angegliedert sind. Die Polen arbeiten zufriedenstellend und sind auch auf Grund der neueingeführten Tarifordnung zum Teil finanziell besser als in ihrer früheren selbständigen Position gestellt. Soweit ein polnischer Handwerksbetrieb den deutschen Ansprüchen genügt, wird er für den Einsatz eines Deutschen vorgesehen.

Bei der Gesamtplanung wird in erster Linie auf den künftigen Frontkämpfereinsatz Rücksicht genommen. Anweisungsgemäß werden in jedem Beruf Betriebe zurückgestellt, indem sie entweder vorerst geschlossen oder von einem Generalverwalter betreut werden oder indem die Errichtung eines neuen Betriebes vorgesehen wird.

Der alsdann eingewiesene Handwerker kann daher mit Sicherheit davon ausgehen, daß das von ihm geleitete Geschäft lebensfähig ist, selbst auch in Zeiten einer vorübergehend sinkenden Konjunktur. Im Wartheland hatte man bisher eine kaum vorstellbar hohe Konjunktur erlebt, die zufolge des allgemeinen Aufbaues sicher noch Jahrzehnte andauern wird. Es sind Fälle bekanntgeworden, in denen ein Bauunternehmer fast eine Million Jahresumsatz erzielt hat oder ein Tischler einen solchen von 30—50 000 RM monatlich usw.

Wenn auch für viele Aufbauarbeiten Großfirmen sowie Industrieunternehmungen eingeschaltet werden müssen, so ist von den zuständigen Behörden jedoch Vorsorge getroffen, daß in einem außergewöhnlichen Umfang auch die Handwerker bei diesen Bauten Berücksichtigung finden. Beispielsweise sei ein Vertrag mit einer elektrotechnischen Großfirma des Altreichs erwähnt, in dem diesem Industrieunternehmen lediglich die Legung der Kabel in den Straßen mit dem Hinweis übertragen wurde, daß die Anschlußkabel in die Häuser sowie die dortige weitere Aufteilung in die einzelnen Zimmer den ansässigen Handwerkern übergeben werde.

Unter diesem die gesamte Wirtschaft des Warthelandes umfassenden Gesichtswinkel muß die Arbeit des deutschen Handwerkers bewertet werden. Das

Ausmaß seiner Tätigkeit wird sich nicht nur nach den örtlichen Auftragsanfällen richten, sondern darüber hinaus sich auf den gesamten Kreis seines Wohnsitzes und sogar auch über diese Grenzen hinaus erstrecken. In dem folgenden Abschnitt 2 werden diese einzelnen Aufgaben näher erörtert werden.

Neben diesen Aufgaben der Gegenwart wird das Wartheland künftig noch eine Sonderaufgabe zu erfüllen haben: Mittler zwischen dem Westen und dem Osten, dem Norden und dem Süden zu sein. Seine geographische zentrale Lage befähigt diesen Gau in erster Linie für diese Stellung. Zwischen den einzelnen ostdeutschen Gauen bildet er die unersetzliche Mitte, welche das Gebiet zwischen der Ostsee und dem Riesengebirge erst zu einer Einheit werden läßt.

Für Ostmitteleuropa, zu dem das Generalgouvernement gehört, ist der Gau mit seiner Hauptstadt ein Verkehrsmittelpunkt erster Ordnung. Darüber hinaus bildet das Wartheland das tragende Durchgangsgebiet jeden Verkehrs mit dem Nahen und Fernen Osten. Heute bereits ist die Strecke Berlin—Posen—Warschau die bekannte internationale D-Zuglinie. Der Verkehr kann über diese Strecke unmittelbar weiter in das weißrussische Gebiet nach Moskau, Japan als auch nach Leningrad oder in die Ukraine geleitet werden. In gleicher Weise kann man auf diesem Wege sowie über Kalisch, Litzmannstadt das Generalgouvernement und die südöstlichen russischen Gebiete erreichen. Soweit Süddeutschland oder Mitteldeutschland mit dem Osten in Verbindung getreten ist, werden heute bereits die von Dresden nach Posen laufenden Eisenbahnlinien herangezogen.

Über Posen geht auch die große Eisenbahnlinie nach Ostpreußen und Leningrad und zum anderen die große Nord-Südverbindung von den nordischen Staaten insbesondere über Danzig, welche alsdann über Kattowitz und Prag nach Wien und den Balkanländern oder Italien weiterläuft.

Durch Weichsel, Warthe, Dnjestr, Dnjepr und Bug sind die Wasserverbindungen angezeigt.

Wenn man weiter berücksichtigt, daß die Ukraine das Wartheland bei ausgebauter Industrie als nahegelegenes Verwertungsgebiet für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zwecks Verminderung der Gestehungsunkosten heranziehen kann, so wird aus diesen wenigen Hinweisen bereits die außergewöhnliche Bedeutung dieses Gaues für den ganzen Verkehr mit dem Osten und für den Großraum zwischen Karpaten und Küste eindrucksvoll ersichtlich.

Bei der Durchführung dieser großen Aufgaben wird auch die Handwerkerschaft eine nicht unerhebliche Rolle spielen müssen.

Das Wartheland als neuer deutscher Lebensraum wird der Gemeinschaftsarbeit der gesamten deutschen Nation soviel Aufgaben zuweisen, daß Generationen an ihrer Verwirklichung mitarbeiten werden.

Handweber bei der Arbeit

In einem großen Schneideratelier

Posener Schuhmacherwerkstatt

Auch das Kunsthandwerk hat sic[illegible] über die schw[illegible] sten Zeiten hinweg erha[illegible] ten und wi[illegible] zu neuer Blü[illegible] kommen.

In einer Drechslerei

Beim Korbflechten

Schmiede-
geselle

Kunstvolle
Schmiedearbeit

Die großen Aufgaben des Handwerkers

Der erstrebte Aufbau des Warthelandes kann nur unter weitestgehender und verständnisvoller Mitarbeit des deutschen Handwerkers in die Tat umgesetzt werden. Bei dem Einsatz werden zwei Hauptgruppen zu unterscheiden sein:

1. die Handwerker, welche bei der unmittelbaren Durchführung des Ausbaues einzugliedern sind und
2. jene Handwerkergruppen, welche den täglichen Unterhalt und den laufenden Bedarf der Bevölkerung und der Angehörigen zu Ziffer 1 in jeder Beziehung sicherzustellen haben.

Der Einsatz dieser Gruppen wird auf allen Gebieten zur gleichen Zeit und spätestens bei Kriegsende erfolgen.

Bei der ersten Gruppe liegen die am vordringlichsten zu erledigenden Arbeiten ohne Zweifel auf den Gebieten: Verkehrswesen und Wohnungsbau. Die auf diesen Sektoren aufgetretenen Mängel sind von so außerordentlich bedeutungsvollen Ausmaßen, daß ihre Beseitigung als die unabdingbare Voraussetzung überhaupt für eine Verwirklichung des im Vorabschnitt erwähnten Zieles ist. Die zuständigen Stellen haben aus diesem Grunde bereits weitgehende Pläne ausgearbeitet; sie umfassen nicht nur das Straßennetz, sondern auch die Wasserstraßen und Eisenbahnlinien.

Das Straßennetz hatten die Polen nur vereinzelt, in erster Linie bei den heereswichtigen Straßen, in Ordnung gehalten sowie nach modernen Gesichtspunkten erneuert. Hier finden wir dann — jedoch erst etwa seit dem Jahre 1936 — Anfänge eines Ausbaues durch Beton-, Kleinpflaster-, Asphaltbeton- und Klinkerdecken, durch Kurvenüberhöhungen und Verbreiterungen usw. Es fehlte jedoch ein systematisches, zweck- und zielbewußtes Bauen. Daher gibt es kaum durchgehende Straßenzüge. Die Erneuerungen beschränken sich meistens nur auf kurze Ausstrahlungsstücke der größeren Städte. Die übrigen von den Deutschen übernommenen Reichsstraßen, Landstraßen erster und zweiter Ordnung wurden lediglich ausgewertet. Sie befinden sich deshalb heute am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Die gleiche Beurteilung gilt auch für die von Napoleon vor mehr als 100 Jahren großzügig angelegten und von den Polen übernommenen Alleen. Von der oft 10—15 m Gesamtbreite sind meistens nur 5 m, in selteneren Fällen 6 m breite, feste Straßendecken gefertigt worden, während der verbleibende Rest als Sommerwege für den Panjeverkehr stehengelassen worden ist; diese entwickeln im Sommer eine unerträgliche Staubplage und im

Herbst und Frühling bei feuchtem Wetter Schlammstreifen, die den Weg für den Verkehr unbrauchbar machen.

Die Verhältnisse in den übernommenen kongreßpolnischen Teilen sind naturgemäß unvergleichbar schlechtere. Unser deutsches Heer hat sie bei dem Polenfeldzug zur Genüge kennengelernt. Die polnischen Generalstabsoffiziere selbst bezeichneten ihre Straßen als die Maginotlinie des Polnischen Reiches. Ihre Dichte ist so gering, daß es sehr viele Dörfer und Gutshäuser gibt, welche mehr als 3 km von der nächsten Straße entfernt liegen. In der ehemaligen preußischen Provinz Posen finden wir derartige Gebiete nur in den waldreichen Kreisen an der Netze und in einigen Bezirken an der Grenze Warthegau-Schlesien vor.

Die zuständigen Stellen haben daher den Neubau bzw. die Neufertigung von Straßendecken in einer Länge von 11 000 km geplant. Von diesen sollen rund 2500 km Reichsstraßen und Landstraßen erster Ordnung und der Rest Landstraßen zweiter Ordnung werden.

Hierbei soll der Aufbau des Verkehrswesens — in erster Linie in den völlig neu zu gestaltenden Landschaften — unter bewußter Loslösung von dem bisherigen Verkehrszustand und auch von überholten Verkehrsvorstellungen gestaltet werden. So beabsichtigt man, das Verkehrsnetz weitestgehend dem Aufbau der Siedlungs- und Raumgliederung anzupassen sowie dem Kraftverkehr und seinen vielseitigen Entfaltungsmöglichkeiten voll Rechnung zu tragen. Die Dörfer sollen untereinander durch Landwege verbunden werden, die von Dorfmittelpunkt zu Dorfmittelpunkt führen. Zu den Marktflecken mit ihrem etwas stärkeren und weiterreichenden Verkehr will man Straßen bauen, die etwa den Landstraßen zweiter Ordnung entsprechen, während zu den Kreisstädten Landstraßen erster Ordnung, zu den größeren Städten die Reichsstraßen und zu den Gauhauptstädten die Reichsautobahnen führen sollen. Der Aufbau ist dabei so gedacht, daß die Landstraßen erster und zweiter Ordnung nach Möglichkeit die Ortsdurchfahrten durch Dörfer vermeiden und nur allein die in Frage kommenden Marktflecken oder Kreisstädte berühren.

Von dieser Ordnung wird auch das Arbeitsgebiet der ehemaligen Wojewodschaft Lodz erfaßt mit etwa 1500 km Staats-, Distrikts- und Kreisstraßen.

Die vorerwähnten Reichsautobahnen sind in großzügiger Form geplant.

Die vorerst wichtigste Strecke wird die von Berlin über Frankfurt/Oder, Tirschtiegel, Posen nach Litzmannstadt und Warschau in Vorbereitung befindliche Linie sein. Neben dieser Ost-Westverbindung werden zwei Linien den Gau von Norden nach Süden durchschneiden, von denen die eine Bahn von Danzig über Bromberg nach Posen, Breslau und die zweite von Bromberg über Hohensalza, Litzmannstadt nach Kattowitz geleitet werden soll. Im übrigen ist eine Zubringerlinie von Schneidemühl mit einer geplanten Verlängerung nach Stettin in Aussicht genommen.

In der vergangenen Zeit sind bei der Verwirklichung dieser Pläne bereits erhebliche Erfolge erzielt worden. In den Herbstmonaten des Jahres 1939 hatten die Pioniere zahlreiche Straßen in Ordnung gebracht. In dem Jahre 1940

wurden von den von dem Reichsstatthalter: Abteilung Bauwesen, Referat Straßenwesen und den zuständigen Straßenbauämtern in Posen, Gnesen, Hohensalza, Kalisch, Lissa und Litzmannstadt hinausgeschickten Straßen- und Brückenbautrupps über 1300 km Straßen in Angriff genommen. Allerdings konnten hierbei mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft und ihre Auswirkungen auf Transportraum und Lieferung wertvoller Baustoffe lediglich die notwendigsten Verbreiterungen, Schüttungen und Oberflächenbehandlungen durchgeführt werden. Im Mai dieses Jahres wurde die Reichsautobahn in mehreren Bauabschnitten auf der Strecke Tirschtiegel—Posen begonnen. Neben diesen Straßenbauten wurden unzählige Brücken erneuert und ausgebessert. Die Polen hatten auf dem Gebiet des Zerstörens von Brücken eine außerordentliche Meisterschaft entwickelt, so daß im Warthegau allein über 1900 Brücken erneuert werden müssen.

Für die Verwirklichung des Straßenbauprogramms ist vorerst ein Zeitraum von 10 Jahren vorgesehen, in dem insgesamt jährlich ein Aufwand von etwa 100 Millionen Reichsmark erforderlich ist.

Bei Bewältigung dieser Aufgaben wurden bei Beginn des Frühjahres 1940 nur drei Firmen aus Posen und zwei Unternehmungen aus Litzmannstadt sowie etwa 50 reichsdeutsche Bauunternehmungen eingesetzt. Hierbei handelt es sich sowohl um größere Unternehmungen als auch um Handwerksbetriebe. Weitere geeignete ortsansässige Handwerkerunternehmungen fehlten.

In engster Verbindung mit vorstehenden Aufgaben liegen die Arbeiten der Wasserwirtschaft. Sie gehören zu den größten wie auch wichtigsten des Warthegaues. Die Polen hatten für diese bedeutungsvollen Fragen gänzliche Interesselosigkeit gezeigt und daher sowohl die von der früheren deutschen Ansiedlungskommission in der ehemaligen Provinz Posen angeregten wasserwirtschaftlichen Einrichtungen in weitem Umfang verkommen lassen als auch ähnliche Maßnahmen in ihrem eigenen Lande überhaupt nicht in Angriff genommen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Vorfluter vollkommen versandet und verkrautet und mit Bäumen und Sträuchern verwachsen waren. Die Drainausläufe lagen nicht selten bis zu 80 cm unter Schlamm begraben. Bäume von 30—40 cm Durchmesser wuchsen auf Grabenböschungen wie auch in den Gräben selbst. Die naturgegebene Auswirkung war der gänzlich ungenügende Abfluß der überschüssigen Wasser und damit eine ständige Stauung und Überschwemmung der Felder im Frühjahr und Herbst, was in vielen Fällen zu einer Versäuerung, wenn nicht gar Versumpfung des Bodens führte. Die Flüsse blieben unreguliert, der Deichschutz lückenhaft. So konnten Zehntausende Morgen von sonst gutem landwirtschaftlichem Boden nicht voll ausgewertet werden.

Unbeachtet blieb auch die Frage eines Ausgleiches der Niederschlagshöhen. Während im Frühjahr die Flüsse schäumende Hochwasser mit weitflächigen Überschwemmungen zeigten, führten sie im Hochsommer nur geringe Wassermengen. Ein treffendes Beispiel bildet die Warthe mit ihren reißenden Wassern nach der Schneeschmelze und ihren seichten, leicht zu durchwatenden Stellen im Juli und August.

Der von der Wasserwirtschaftsverwaltung im Warthegau aufgestellte Zehnjahresplan sieht hier eine grundlegende Änderung vor. An erster Stelle steht das Wasserspeicher-Programm, nach dem der Bau von zahlreichen Talsperren mit einem Gesamtstauraum von 1 Milliarde cbm ins Auge gefaßt ist. Die größte Talsperre soll etwa 7mal und die nächst größte 3½mal so groß sein wie die gegenwärtig größte Talsperre in Europa. Die hier gespeicherten Wassermengen sollen nach Möglichkeit zur Erzeugung elektrischer Energie — und zwar von Spitzenstrom — verwendet werden. Im weiteren Verlauf soll das aus diesen Sperren abgelassene Wasser zur gleichmäßigen Gestaltung des Abflusses in den Wasserläufen, zur Anreicherung der Grundwasserstände und zur Hebung der Fischerei dienen, ferner zur Versorgung der Städte und Gemeinden mit Trink- und Verbrauchswasser und zum Bewässern und Beregnen der Wassermangelgebiete als auch zur Regelung der Schiffahrt.

Im Anschluß an diesen Plan sollen die Warthe und ihre Nebenflüsse ausgebaut und erforderlichenfalls eingedeicht werden. Man rechnet mit rund 1600 km größeren und rund 2400 km kleineren Wasserläufen.

Endlich sollen die unter Nässe leidenden Flächen durch Dränung oder Entwässerung durch offene Gräben, notwendigenfalls durch Errichtung von Schöpfwerken für eine höhere landwirtschaftliche Kultur gewonnen werden. Planmäßig werden hiervon rund 1,7 Millionen ha Land erfaßt. Vorgesehen sind ferner die Schaffung hygienischer Anlagen wie Wasserwerke, Kanalisation und Badeanstalten. Die Wasserversorgungsanlagen sind für etwa 3,2 Millionen und die Kanalisation für rund 2 Millionen Personen gedacht und damit entsprechend auch die Abwässerungsanlagen, deren Inhalt rund 50 000 ha Kulturland verbessern soll.

Diese wenigen Hinweise lassen bereits das unvorstellbare Ausmaß von Arbeit erkennen. Zur Verwirklichung dieses Gedankens werden mehrere Milliarden Reichsmark erforderlich.

Heute bereits sind auch hier die ersten Arbeiten mit Erfolg aufgenommen worden. Vorerst handelt es sich lediglich um kleinere Teilabschnitte. Ein Bezirk im Kreise Wreschen meldet die Errettung von rund 10 000 Morgen Land aus der Versumpfung. Ein anderer Kreis spricht von der Neuerschließung von 100 000 Morgen Land. Von einem Weichselbezirk wird die Fertigstellung eines Dammes von 41 km Länge bei einer Arbeiterzahl von 8000 Mann bekanntgegeben mit dem besonderen Hinweis, daß dieser Damm zugleich als Autostraße verwendet werden kann. Ein anderer Kreis teilt mit, daß die Warthe in seinem Bezirk für Schiffe bis zu 400 t schiffbar gemacht worden sei. Heute trifft man in dem Hafen von Posen bereits Dutzende von Oderkähnen, welche, mit Holz und Stückgütern beladen, von Berlin und Stettin Fracht heranbringen. Künftig soll die Warthe auch in ihrem Oberlauf für größere Kähne schiffbar gemacht werden. Bei zwei Talsperren werden die erforderlichen Tiefbohrungen zur Erforschung der geologischen Verhältnisse seit Monaten durchgeführt. So wurden über 12 Millionen Reichsmark für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im

Rechnungsjahr 1940 neben nicht unerheblichen Mitteln von der Arbeitsverwaltung zur Förderung des Einsatzes von Erwerbslosen bereitgestellt.

Nun noch ein kurzer Überblick über das dritte große Gebiet des Verkehrswesens: die Eisenbahn. Der Warthegau verfügt über eine Schienenlänge von etwa 3650 km, von denen bezeichnenderweise der überwiegende Anteil in dem Gebiet der ehemaligen Provinz Posen liegt. Der Pole zeigte auch für diese Verbindungswege geringes Interesse. Während er die deutschen Anlagen weiter ausnutzte, jedoch nicht verbesserte, unterließ er auch in seinem eigenen Lande jede Erneuerung im vollsten Umfang. Selbst bedeutende Bahnhöfe wie der der Großstadt Litzmannstadt wurden den modernen Erkenntnissen nicht angepaßt. Die Bahnhofsanlagen blieben lediglich nach dem Osten ausgerichtet und erhielten keine verbesserten Verbindungen zu den wichtigen westlichen Städten. Dem verstärkten Verkehr wurde nicht Rechnung getragen. Während ihres Rückzuges hatten die Polen nun Schienen, Brücken wie auch Bahnhöfe weitestgehend zerstört, um jeden deutschen Nachschub zu verhindern.

Unter diesen Umständen mußte die Eisenbahnverwaltung in einem beachtlichen Umfang Erneuerungen und Verbesserungen vornehmen. Von den zerstörten 170 Brücken konnten bereits bis Ende Januar 1940 144 wieder hergestellt werden. 70 Bauwerke sind in der Zwischenzeit sogar endgültig erneuert worden, so daß fast alle Bahnstrecken im Jahre 1940 in Betrieb genommen werden konnten. Nach Beendigung dieser dringendsten Arbeiten wurden die von den Polen gänzlich vernachlässigten Unterhaltsarbeiten der Oberbauten und Brücken in Angriff genommen. Die Eisenkonstruktionen waren vielfach durch Rost stark beschädigt und die verwandten Hölzer angefault, manche Brückenkonstruktionen veraltet, da sie sowohl dem verstärkten Eisenbahnverkehr als auch dem Schiffsverkehr zufolge ihrer geringen Schiffahrtsöffnungen nicht mehr genügten. Viele Bauwerke erforderten auf Grund des starken Lastzügeverkehrs mit schwereren Lokomotiven Verstärkungen, da sie diesen Gewichten nicht gewachsen waren. Neben diesen noch laufenden Arbeiten müssen die Bahnhöfe nach modernen Gesichtspunkten sowohl in verkehrstechnischer als auch hygienischer Hinsicht verbessert, wenn nicht sogar umgebaut werden. Beispielhaft ist wieder der Bahnhof der Stadt Litzmannstadt, der mit seiner reinen Ostorientierung dem sich nach Westen hin entwickelten Verkehr nicht mehr gerecht wird. Für die notwendigsten Arbeiten hatte das Betriebsamt Litzmannstadt bereits im Jahre 1940 rund 1 Million Reichsmark Löhne ausgezahlt und für die Unterhaltung des Oberbaues über 200 000 Tagewerke aufgewandt. Ähnliche Verhältnisse liegen im gesamten übrigen Wartheland vor.

Bei der neuen Planung ist zu berücksichtigen, daß der Warenladungsverkehr im Direktionsbezirk Posen jetzt schon um 34 v. H. höher als zur polnischen Zeit liegt. Der Stückgutverkehr im gesamten Gebiet des heutigen Warthegaues zeigte zeitweise Zunahmen bis zu 700 v. H. Daher sind neben den Empfangs- und Dienstgebäuden vor allen Dingen die technischen Einrichtungen für Lokomotiv- und Bekohlungsbehandlungen, Auswasch- und Wasser-

versorgungsanlagen zeitgerecht einzurichten sowie Drehscheiben und Schiebebühnen mit Kraftstromantrieb einzubauen. Für den Güterverkehr sind vergrößerte Abfertigungen, Güterschuppen, Rampen, Zufuhr- und Ladestraßen zu errichten. So sehen wir auch hier einen unvorstellbaren Arbeitsanfall, der schnellstmöglich zu erledigen ist.

Wenn für die vorerwähnten Arbeiten der drei großen Verkehrsgebiete auch zahlreiche Angestellte und Arbeiter der zuständigen Behörden eingesetzt werden können, so verbleiben doch noch unendlich viele Aufgaben der freien Wirtschaft. Verständlicherweise verfügte der Warthegau bei der Besetzung durch die deutschen Truppen über nur wenige einschlägige Industrie-, Handels- oder Handwerksunternehmungen, die zudem einen ausgesprochenen Mangel an wertvollen und rationellen Maschinen aufwiesen. So ist es nicht verwunderlich, daß in Anbetracht der zu erwartenden Leistungen viele deutsche Großunternehmungen zur Mitarbeit herangezogen wurden, welche im Wartheland entweder eine Zweigniederlassung oder ein Baubüro errichteten. Ihre Zahl beläuft sich zur Zeit auf etwa 75 Firmen, die den kommenden Anforderungen jedoch noch nicht genügen. Bei der Prüfung dieses Unternehmerkreises verfolgen die zuständigen Behörden aus Gründen der Festigung des deutschen Volkstums die bereits mehrfach erwähnte Tendenz, die Gründung von ortsansässigen leistungsfähigen Industrie- und Handels- insbesondere Handwerkerunternehmungen zu unterstützen.

Gegenwärtig zählt der Reichsinnungsverband des Baugewerkes Bezirksstelle Wartheland, Posen, für den Regierungsbezirk Posen insgesamt etwa 125 Firmen, von denen wiederum nur drei Unternehmungen eine Stammbelegschaft von über 100 Mann, etwa 45 Firmen eine solche von 50 bis 70 Arbeitern und Angestellten und 77 Firmen eine solche von 1 bis 10 Mann aufweisen. In sehr vielen Fällen bilden die letzteren Unternehmungen sogar nur einen Einmannbetrieb. Im Regierungsbezirk Hohensalza sind zur Zeit etwa 70 Firmen und im Regierungsbezirk Litzmannstadt etwa 130 Firmen zu nennen. Die Qualität der zuletzt genannten Unternehmungen ist jedoch überwiegend als sehr mangelhaft zu bezeichnen. Es macht sich die Tatsache eindeutig bemerkbar, daß diese Betriebe bisher ständig entweder unter russischer oder polnischer Leitung gestanden hatten. Sie werden erst in angestrengter Tätigkeit diese Mängel beseitigen können.

Wenn man die Mitgliederliste des Regierungsbezirks Posen nach dem fachlichen Einschlag der angeschlossenen Mitglieder überprüft (Stand Februar 1941), so entfallen rund 50 v. H. auf Hoch-, Tief-, Beton- und Eisenbetonbau- sowie Hoch- und Tiefbaufirmen, rund 25 v. H. auf Unternehmungen für Hochbau und die dazugehörigen Kleintiefbauarbeiten, während der verbleibende Rest sich auf Firmen für Zementwarenherstellung, für Brunnenbau, Fliesenlegen, Stein- und Holzlegen und Isolieren verteilt. Der überwiegende Teil dieser Unternehmungen hat seinen Sitz in der Gauhauptstadt Posen, die übrigen befinden sich in erster Linie in den Kreisstädten, von denen wiederum einige wenige bevorzugt sind.

Der künftige Handwerkereinsatz muß daher systematisch über das gesamte Land gelenkt werden. Die vorerwähnten Aufgaben zwingen überzeugend zu einer derartigen Regelung. Jeder Handwerker kann dabei von der inneren Gewißheit ausgehen, auch in einem kleineren Ort so große Entwicklungsmöglichkeiten anzutreffen, daß er nur durch vollste Konzentrierung seiner Kräfte den Arbeitsanfall wird bewältigen können.

In diesem Zusammenhang sei auf das nächstwichtige große Arbeitsgebiet, den Wohnungsbau, eingegangen.

Auf Grund der bereits früher geschilderten Verhältnisse auf diesem Sektor können nach den amtlichen Erhebungen von den im Gaugebiet festgestellten 900 000 Wohnungen nur etwa 360 000 als für Deutsche geeignet angesprochen werden. Es ist daher vorerst mit einem Fehlbestand von mindestens 150 000 Wohnungen zu rechnen. Die Bemühungen gehen deshalb dahin, die bereits bestehenden Wohnungen, soweit es nur irgendwie angängig ist, durch Ausbesserungen und weitgehende Renovierungen nach deutschen Wünschen in Ordnung zu bringen. Soweit möglich, sollen darüber hinaus Neubauten erstellt werden, wobei natürlicherweise die als kriegswichtig erklärten Bauvorhaben unbedingt bevorzugt zu behandeln sind.

Als ein bescheidener Anfang ist der Bau von 100 Wohnungseinheiten für die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken A. G. vor kurzem durchgeführt worden. Weitere 4000 Wohnungen hat der Generalinspektor Dr. Todt als vordringlichste Bauten genehmigt, welche in der Stadt Posen bereits in Angriff genommen worden sind.

Neben diesen Neubauten laufen die zahlreichen Umbauten, Reparatur- und Fassadenarbeiten, wie wir sie beispielsweise in der Gauhauptstadt Posen am Schloß oder am Alten Markt oder in der Martinstraße u. a. vorfinden. Vollkommen verwahrloste Häuser oder solche Wohngrundstücke, die der Durchführung eines großen Aufbauplanes entgegenstehen, werden abgerissen. Auch hier kann auf die große Aktion der Stadt Posen im Bezirk Wallischei verwiesen werden, in dem mehrere Dutzend Wohnhäuser bereits niedergelegt sind, um der Regulierung der Warthe sowie den geplanten Hafenneubauten Platz zu machen.

Auf dem Lande ist die Durchführung von zahlreichen Siedlungsbauten, die Erneuerung und Reparatur der Gutshäuser, Ställe und Scheunen geplant. In diesem Zusammenhang hat der Reichsführer-SS in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums vor kurzem Richtlinien für den ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten erlassen. Während in ihrem ersten Teil der Gedanke ausgeführt wird, daß in erster Linie die bäuerliche Familienwirtschaft neben einer gesunden Beteiligung von Groß- und kleineren Betrieben wie Landarbeiter- und Handwerkerstellen gebildet werden soll, wird in dem zweiten Teil die erstrebte Dorfplanung festgelegt. Hiernach sollen Hauptdörfer mit einer Gruppe von kleinen Dörfern geschaffen werden, die in einer solchen Entfernung liegen, daß das Hauptdorf noch zu Fuß gut erreichbar ist. In jedem Hauptdorf werden wirtschaftliche und volksgemeinschaftliche An-

lagen ihren Platz finden, die eine größere Beteiligung erfordern wie Gemeinschaftshäuser der Partei und ihrer Gliederungen, Feierhallen, Festplätze, Sportfelder, Lagerhäuser, Reparaturwerkstätten, weibliche Arbeitsdienstlager, ferner Gaststätten mit Saal und Gebäude für gemeinschaftliche Wirtschaftszwecke u. a. Jedes Wohnhaus des Dorfes soll mit einem Bad oder einer Duschanlage versehen sein und grundsätzlich auf eine Familie von 10—14 Köpfen abgestellt werden. Soweit polnische Landarbeiter für die Bestellung der Felder usw. erforderlich sind, müssen diese Fremdvölkischen abseits von der deutschen Siedlung ihre Wohnhäuser haben.

Aus diesen wenigen Angaben ergibt sich eindeutig der Wille zu einer vollständigen Neuplanung des großen Siedlungsraumes, der deswegen unter erleichterten Voraussetzungen in die Tat umgesetzt werden kann, weil der Osten auf Grund seiner geringen Besiedlung eines vollständigen Neuaufbaues auch in dieser Richtung bedarf.

Besonderer Wert wird bei der Verwirklichung dieser Pläne auf den **Ausbau der Energiewirtschaft** gelegt. Auf diesem Gebiet hatten die Polen gleichfalls wenig Interesse gezeigt. Nur so ist es verständlich, daß der Durchschnittsgasverbrauch in Polen lediglich 4,7 cbm je Kopf der Bevölkerung gegenüber 86 cbm im Altreich betrug. Im Regierungsbezirk Posen, dessen 34 Gasanstalten und fast alle Wasser- und Elektrizitätswerke noch aus preußischer Zeit stammen, lagen die Verhältnisse insofern etwas günstiger, als die Abnahme im Jahre 1938 bei Gas rund 30 cbm und bei Strom rund 18 kWh gegenüber rund 63 cbm bzw. 88 kWh je Einwohner bei einem strukturell gleichgearteten Bezirk des Altreiches betrug. Auch der Regierungsbezirk Hohensalza konnte aus dem früheren preußischen Aufbau Nutzen ziehen. Die Struktur der Strom- und Gasversorgung zeigt jedoch, daß diese Gebiete mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Energieversorgung nicht mitgegangen sind. Der Pole hatte ausgesprochenen Raubbau betrieben und an keine Erneuerung und Erweiterung gedacht. Bei den Gaswerken unterblieb jeder systematische Ausbau. Im Gegenteil, in 15 Städten des Warthegaues wurden Gaswerke nach rechter polnischer Art nur so lange ausgewertet, wie sie ohne besonderen Aufwand betriebsfähig waren, um dann stillgelegt zu werden.

Bei der Elektrizitätswirtschaft gab es keine staatliche Leitung. Die Entwicklung hing vielmehr von dem Interesse ausländischer Finanzgeber an den Neugründungen von Elektrizitätswerken in Polen ab. Das Streben dieser Kapitalisten bestand lediglich in dem Einziehen lohnender Dividenden. So konnten Fälle vorkommen, daß Gemeinden in außergewöhnliche Schwierigkeiten gerieten, weil sie auf Grund kurzer Tilgungsfristen der geliehenen Kapitalien den erforderlich werdenden Geldbetrag nicht aufbringen konnten.

Es erfolgte auch keine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Werken. Während im Altreich in einem Regierungsbezirk ein bis drei Elektrizitätswerke, die unter sich und darüber hinaus mit anderen Werken in Verbindung stehen, den Strom liefern, befinden sich in den Landkreisen des Regierungsbezirks Posen über 28 kleine und kleinste allein für sich arbeitende Stromanlagen, deren Be-

triebsmittel Dampf, Rohöl und Gas sind. Darüber hinaus gibt es noch weitere 9 Anlagen, die Fremdstrom beziehen. Die natürliche Folge ist manche Fehlinvestierung, manches unerfreuliche Nebeneinander und Gegeneinander, mancher Nachteil für den Verbraucher, z. B. der früher stark überhöhte Preis. Zur Behebung dieser Mängel haben die zuständigen Stellen eine planmäßige Erschließung des gesamten Warthelandes mit Strom und Gas vorgesehen. Vorerst sind auf Grund eingehender technisch-wirtschaftlicher Prüfungen durch zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in einer ganzen Anzahl von Fällen Instandsetzungen und Erweiterungen von Versorgungsbetrieben erfolgt. Weitere Verbesserungen sind in Angriff genommen und geplant, um den gegenwärtig anfallenden Bedarf sicherzustellen. Darüber hinaus ist die unter Führung der Gauselbstverwaltung gegründete „Elektrizitätswerke Wartheland A. G." mit der Aufgabe betraut worden, die Stromversorgung des Gaues großräumig zu planen und durchzuführen, insbesondere die dazu erforderlichen Überlandleitungen zu bauen. Diese Aktiengesellschaft hat ihre Arbeit bereits aufgenommen und ihre Bemühungen unter der Parole „Technik aufs Land" vor allem auch auf die Landwirtschaft erstreckt.

Bei der Überprüfung der entstehenden Fragen ist in erster Linie die Rohstoffbasis: Braunkohle, welche 50 v. H. der Oberfläche des Gaues unterlagert, weitgehend beachtet worden. Im Kreise Birnbaum, vor allen Dingen bei der Stadt Zirke, befinden sich bereits Gruben, welche in polnischer Zeit teilweise eine Belegschaft bis zu 400 Mann und eine Tagesförderung bis zu 200 bis 300 t hatten. Die zuständigen Behörden haben ihre Abbaufähigkeit vor kurzem erneut prüfen lassen mit dem Ergebnis, daß mit einer Wiederaufnahme der erst in den letzten Jahren vor dem Kriege stillgelegten Betriebe zu rechnen ist. Weitere größere, aber noch nicht erschlossene Vorkommen befinden sich im Kreise Lissa, Kosten, Gostingen, Konin, Mogilno, Jarotschin und Kolmar, abgesehen von kleineren Vorkommen in anderen Kreisen. Diese Braunkohlenfelder könnten mithin große Bedeutung erlangen.

Neben dieser Rohstoffquelle werden die vorerwähnten Talsperren die weiter erforderlich werdenden Energien liefern. Bei der Gaswirtschaft soll versucht werden, Anschluß an die Schlesische Reichsgas-Sammel-Schiene zu erreichen bzw. auch hier die vorhandene Braunkohle mit als Rohstoffbasis zu benutzen.

Wenn man diesen großen Aufgaben die zu ihrer Verwirklichung zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte gegenüberstellt, so erkennt man auch hier wiederum große Lücken, die nur durch einen systematischen Zuwachs aus dem Altreich geschlossen werden können.

In maßgebender Position stehen wieder die bereits oben erwähnten Gruppen, insbesondere die Mitglieder der Baugewerksinnung. Es wird daher verständlich, wenn selbst bei dem bisherigen Arbeitsanfall verschiedene Angehörige der Innung im Jahre 1940 Umsätze von 500—900 000,— RM und einige größere Unternehmungen sogar Millionenumsätze aufwiesen. Die bestehenden Aufgaben konnten von diesen Firmen bewältigt werden, da zufolge der zahlreichen Einschränkungen durch die Kriegsverhältnisse und der verstärkten

Verwendung vieler Rohstoffe für andere Kriegszwecke nur wenige Bauten innerhalb der Dringlichkeitsstufe 1 durchgeführt wurden. In Zukunft werden sich diese Verhältnisse jedoch grundlegend ändern. Vor allen Dingen auch dann, wenn mit den Bauten auf dem Lande und in den Kreisen allgemein begonnen wird. Da die polnischen selbständigen Meister nach und nach ihre Positionen zugunsten der Deutschen aufgeben müssen, erhalten die neuen Siedler von Anfang an eine überaus günstige Stellung und zu gleicher Zeit auch in den Polen die erforderlichen Hilfsarbeiter. Nach den neuesten Bestimmungen besteht sogar die Möglichkeit, den polnischen Nachwuchs in die Reihen der Hilfsarbeiter einzugliedern, in dem man diese jungen Arbeiter als „Lerner" entsprechend dem deutschen Lehrling beschäftigt und ausbildet, ohne ihnen jedoch das Recht zur Ablegung einer Gesellenprüfung zuzugestehen. Heute sind bereits zahlreiche junge Polen in der Ausbildung begriffen. Zur Zeit zählt man im Regierungsbezirk Posen 36 deutsche Lehrlinge und 117 „Lerner". Die Zahl muß sich im Laufe der Zeit noch vermehren, da sie bei weitem nicht den kommenden Ansprüchen genügt. Für die neuen Aufgaben fehlen jedoch Spezialfirmen für Hochbau und Eisenbetonbau, ferner Tischlermeister für den Hochbau.

Die Sparte der Tischler ist in dem Stadtkreis Posen mit 41 deutschen Werkstätten, zu denen noch zwei für Frontkämpfer vorgesehene Betriebe hinzutreten, und im Landkreis Posen mit 33 Unternehmungen vertreten.

Mit der größte Betrieb umfaßt eine Belegschaft von rund 80 Mann, während die Durchschnittsgefolgschaftszahl der übrigen Betriebe zwischen 10 bis 15 Mann liegt. Nach der Volkstumszugehörigkeit aufgeteilt, fallen 70 v. H. dieser Unternehmungen auf Baltendeutsche, 27 v. H. auf Volksdeutsche, 2 bis 3 v. H. auf Reichsdeutsche.

Neben diesen in deutschen Händen befindlichen Betrieben arbeiten in dem Stadtkreis Posen gegenwärtig noch 65 und in dem Landkreis Posen 75 polnische Tischler. Der überwiegende Teil dieser Unternehmungen entspricht jedoch in keiner Weise den deutschen Ansprüchen. Es sind vorwiegend Einmannbetriebe, die mit völlig ungenügendem Maschinenmaterial und in ganz kleinen Räumen arbeiten. So ist beispielsweise ein Betriebsraum für 2 Arbeiter 14—20 qm, andere für 4 Mann 25—45 qm usw. groß. Nach Ansicht der Fachkreise könnten deshalb allein in der Stadt Posen noch 10—20 Betriebe mit einer Durchschnittsbelegschaft von 40—60 Mann bei völliger Existenzfähigkeit — und zwar zu zwei Drittel Bautischler und zu ein Drittel Möbeltischler — arbeiten.

Als Beispiel für die Entwicklungsmöglichkeit dieser Sparte sei ein Posener Betrieb unter vielen herausgegriffen. Der deutsche kommissarische Verwalter erhielt die Werkstatt mit einem polnischen Arbeiter im Herbst 1939 zugewiesen. In diesem Jahre — 1941 — arbeiten bereits 20 polnische Gesellen und Lehrlinge mit einem Maschinenpark im Werte von 20 000,— RM. Der Betrieb könnte noch vervielfacht werden, wenn die erforderlichen Räumlichkeiten vorhanden wären. Dieser bei den polnischen Werkstätten immer wieder feststellbare Mangel der geringen Ausweitungsmöglichkeit ist ein ausgesprochener Krebsschaden des Handwerks, der in gleicher Weise auf dem Lande anzutreffen ist.

In Erkennung dieser Verhältnisse wird von der Reichsregierung der Bau von Werkwohnungen für Handwerker weitestgehend gefördert. So ist erst am 5. Juni 1941 die „Erste Durchführungsverordnung über die beschleunigte Förderung des Baues von Heuerlings- und Werkwohnungen für ländliche Arbeiter und Handwerker in den eingegliederten Ostgebieten" (RGBl. Seite 305/1941) verkündet worden, in der die Deutsche Landesrentenbank in Berlin ermächtigt wird, zur Schaffung und Einrichtung von Werkwohnungen für Handwerker langfristige Darlehen sowie Zwischenkredite zu gewähren. Der deutsche Handwerker kann also damit rechnen, daß er mit Unterstützung der Reichsstellen auch diejenigen Werkräume erhält, die der Bedeutung seiner Arbeit im Osten und der Größe der zu übernehmenden Leistungen entsprechen.

Die Verhältnisse auf dem Lande liegen bei weitem ungünstiger. Hier treffen wir bei dieser Sparte kaum auf deutsche Unternehmungen, abgesehen von einigen größeren Kreisstädten sowie der Industriestadt Litzmannstadt, die insoweit eine Ausnahmestellung einnimmt.

Die Rohstoffe können von den Tischlern aus eigenen Holzbeständen des Warthelandes nicht beschafft werden. Nur etwa 15 v. H. seiner Fläche ist mit Wald bedeckt. Der Plan der zuständigen Behörde geht deshalb dahin, schnellstmöglich eine Aufforstung auf 32—33 v. H. durchzuführen. Die ersten Kulturen sind schon angelegt worden. Aber auch gegenwärtiger Waldbestand kann zu einem erheblichen Teil noch nicht geschlagen werden, da diese Hölzer noch zu jung sind, um höheren Verwertungsansprüchen zu genügen. Der Warthegau ist unter diesen Umständen auf eine erhebliche Einfuhr von Holz angewiesen, die vor dem Kriege in erster Linie aus den nordischen Staaten wie Schweden und Finnland über Stettin und auch in einem geringen Umfang über Danzig auf dem Wasserwege als dem billigsten und auch zeitlich zuverlässigsten — zufolge der starken Eisenbahnbeschränkungen — erfolgt. Künftig ist beabsichtigt, auch aus den Karpatengegenden auf dem Wasserwege Hölzer einzuführen, so daß der Holzhandel ohne Zweifel einen erheblichen Aufschwung erfahren wird. Hingegen wird bei der Sägewerksindustrie eine weitere Einschränkung erfolgen müssen, da die Rundholzverarbeitung in immer stärkerem Maße aus Gründen der Kostenersparnis und des besseren Transportes einer Schnittware an Ort und Stelle vorgenommen werden wird. So sind von den zu polnischen Zeiten arbeitenden ca. 350 Sägewerken bereits etwa die Hälfte geschlossen worden. Bei den verbleibenden wird der Einbau von neuen Maschinen, eine Überholung der Gebäude und der Schuppen erforderlich sein, um sie rationell zu gestalten.

An den großen Arbeiten werden ferner die Schlosser, Stellmacher, Töpfer, Mechaniker, Dachdecker, Glaser, Klempner, Maler u. a. in erheblichem Maße beteiligt werden. Die Raum- und Maschinenverhältnisse sind bei allen Innungen grundsätzlich die gleichen. Die vorhandenen Werkstätten wie auch Werkzeuge entsprechen in den meisten Fällen nicht den deutschen Ansprüchen, so daß nur wenige polnische Betriebe sich für die Übernahme

durch einen Deutschen eignen. Man wird deshalb zu zahlreichen Neueinrichtungen schreiten müssen, um den anfallenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Die nachstehende Übersicht über die bei den zuständigen Behörden geführten Mitglieder der vorgenannten Innungen aus verschiedenen Stadt- und Landkreisen mag genügen, um ein übersichtliches Bild zu verschaffen. Die angeführte Anzahl der polnischen Betriebe ist vollkommen unverbindlich, da in diesem Sektor eine ständige Veränderung durch Schließung und Überweisung der polnischen Handwerker an deutsche Betriebe erfolgt. Sie können daher nur einen Anhalt geben. Für einige Bezirke sind lediglich die Gesamtzahlen der heute noch polnischen oder zur Zeit kommissarisch verwalteten Betriebe genannt.

	Posen-Stadt		Posen-Land	
Name der Innung	Deutsche	Polen	Deutsche	Polen
Schlosser	34	65	—	8
Stellmacher	1	22	—	2
Töpfer	11	—	1	—
Mechaniker	54	25	—	2
Dachdecker	6	2	—	1
Elektrotechniker	28	32	—	—
Glaser	12	19	—	3
Klempner	27	61	—	3
Maler	30	21	2	7
Steinmetz	2	4	—	8
Stukkateure	—	3	—	—

Gesamtzahl	Kreis Scharnikau	Kreis Wongrowitz	Kreis Jarotschin
Schlosser	4	20	13
Stellmacher	11	57	19
Töpfer	2	19	1
Mechaniker	2	2	4
Dachdecker	1	10	1
Elektrotechniker	—	—	6
Glaser	2	6	4
Klempner	2	11	5
Maler	5	14	4
Steinmetz	—	—	—
Stukkateure	—	—	—

Die Aufstellung Posen-Land läßt eindeutig die schwache Besetzung des Landes mit deutschen Handwerkern erkennen, ein Mangel, der künftig beseitigt werden muß.

Zu der Rohstoffrage sei im einzelnen noch folgendes erwähnt: Der Bedarf an Ziegeln und Dränröhren kann vom Wartheland selbst gedeckt werden. Der Gau verfügt über teilweise sehr gute Tonvorkommen, so daß wir im Wartheland eine große Anzahl von Ziegeleien antreffen, die heute dem Reichsführer-SS als

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums unterstellt sind. Ihre Verwaltung ist einem Generaltreuhänder übertragen worden, der mehrere ß-Werkzentralen mit der örtlichen Verwaltung betraut hat. Ihre Arbeitsleistung belief sich im Jahre 1938 im Bereich der ehemaligen Wojewodschaft Posen auf rund 175 Millionen Ziegeln außer den gefertigten Dachziegeln und Dränröhren. Die Jahresdurchschnitts-Belegschaft betrug etwa 2700 Mann. Damit wurde jedoch erst die Hälfte der Kapazität erreicht, so daß bereits im Jahre 1940 eine sehr erhebliche Zunahme der Produktion eintrat. Durch zahlreiche Erneuerungs- und Verbesserungsmaßnahmen sowie durch Errichtung neuer Ringöfen nach den modernsten technischen Erkenntnissen wird eine weitere Steigerung angestrebt.

Die Maler konnten einen Teil ihres Bedarfs an Lacken und Farben aus eigenen im Wartheland gelegenen Farben- und Lack-, Fett- und Ölfabriken beziehen. Auf dem Gebiet der chemischen Industrie zählte man zur polnischen Zeit im Bereich der ehemaligen Wojewodschaft Posen über 100 Fabriken und Laboratorien mit einer Durchschnittsgesamtbelegschaft von über 2000 Gefolgschaftsmitgliedern, die jedoch wegen ihrer rückständigen Maschinenanlagen und kaufmännischen Führung mit hohen Unkostensätzen arbeiteten und daher heute mit der Altreichskonkurrenz nur schwer schritthalten können. Der Sitz dieser Unternehmungen befindet sich vorwiegend in Posen, ferner in Hohensalza, Leslau und Litzmannstadt. Die größte Farben- und Lackfabrik arbeitet in Leslau mit einer Belegschaft von noch nicht 100 Angestellten und Arbeitern. Die Betriebe in Litzmannstadt sind in erster Linie auf die dortige Textilindustrie eingestellt und kommen daher weniger für eine Belieferung der übrigen Verbraucher in Frage. Die Maler sind deshalb in einem erheblichen Umfang auf den Bezug ihrer Farben aus dem Altreich angewiesen. Bürsten und Pinsel werden zu einem Teil von den Bürstenmachern hergestellt, die im Stadtkreis Posen mit 8 deutschen und 6 polnischen Handwerkern vertreten sind und einige weitere Vertreter in den übrigen Kreisen sowie den Regierungsbezirken Hohensalza und Litzmannstadt haben. Auch hier wird der Bedarf künftig aus dem Altreich bestellt werden müssen, da die hiesige Erzeugung nicht ausreicht.

Bei den Glasern liegen ähnliche Verhältnisse vor. Im Wartheland befinden sich zwar mehrere Glashütten, die ihren Sitz in den Kreisen Posen, Hohensalza, Birnbaum und Altburgund u. a. haben. Diese Unternehmungen stellen jedoch in erster Linie nur Hohlglas her und unterhalten zusätzliche kleine Abteilungen für Preß- und Schleifglas. Das für den Aufbau so dringend benötigte Fensterglas wird aber nicht gefertigt und muß aus den Nachbargebieten, insbesondere aus Schlesien, eingeführt werden. Wenn mit dem Bau der Wohnhäuser in großem Maßstab begonnen wird, werden ohne Zweifel auch diese Glashütten, welche vor wenigen Monaten sich zur „Interessengemeinschaft der ostdeutschen Glasindustrie" zusammengeschlossen haben, sich mit der Frage der Herstellung von Fensterglas eingehender befassen müssen. Der von ihnen benötigte Rohstoff ist im ausreichenden Maße vorhanden. Vor kurzem wurden erst im Kreise Warthbrücken neue gute Quarzsandvorkommen festgestellt. Mit weiteren

Ermittlungen kann man auch in anderen Kreisen rechnen. Eine Ausbaufähigkeit der einzelnen Unternehmungen ist gegeben. Die Tatsache, daß die beiden größten Hütten über eine Gesamtbelegschaft von über 1300 Arbeitern und Angestellten verfügen und heute Millionenumsätze erzielen, bietet hinreichende Gewähr für eine befriedigende Lösung auch dieser neuen Aufgaben. Die in den Glashütten arbeitenden Glasbläser gelten als vorzügliche Handwerker. Neben diesen Beschäftigten konnten noch drei selbständige polnische Glasbläser in dem Stadtkreis Posen festgestellt werden. Ihre Übernahme in die großen Glashütten wird sicher zur gegebenen Zeit erfolgen.

Die glasverarbeitende Industrie weist nur einige kleinere Betriebe ohne größere Bedeutung auf. So arbeitet beispielsweise in der Stadt Posen eine Spiegelglasfabrik und Biegerei mit etwa 40 Mann.

Die elektrotechnische Industrie ist nur durch wenige Betriebe vertreten, von denen der überwiegende Teil als Groß-Installationsgeschäfte zu bewerten ist. Einige Unternehmungen stellen Manometer, Rundfunkgeräte u. a. her. Man kann mit Bestimmtheit mit einem Ausbau dieser Betriebe rechnen, welche jedoch erst im Laufe einer größeren Anlauffrist in der Lage sein werden, den Bedarf maßgebend zu befriedigen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden Installateure, Mechaniker, Elektromonteure auf den Bezug aus dem Altreich angewiesen sein.

Die gleiche Beurteilung gilt für die Dachdeckerinnung. Bei den im Wartheland bestehenden Dachpappenfabriken handelt es sich um kleine minderwertige Unternehmungen, die zum überwiegenden Teil neben ihrem Fabrikationsbetrieb noch die Position eines Bauunternehmers haben, um sich lebensfähiger zu erhalten. Es sind Bestrebungen im Gange, auch auf diesem Gebiet leistungsfähige Unternehmungen zu begründen, da künftig mit einem starken Arbeitsanfall zu rechnen ist.

Eine besondere Konjunktur werden auch die Ofensetzer erleben, weil die Häuser nur in den seltensten Fällen mit Zentralheizungen eingerichtet werden. Die Rohstoffvorkommen sind genügend und ausreichend. Die erstellten Öfen können als gut bezeichnet werden. Die polnischen Ofensetzer müssen sich jedoch mit den modernen deutschen Formen und dem technischen Ausbau, der eine besonders günstige Wärmeausnutzung gestattet, vertraut machen.

Schamottsteine wurden bisher nur in einem geringen Umfang im Gau selbst hergestellt, obwohl sich mehrere Betriebe in den Kreisen Kempen und Ostrowo mit der Gewinnung der zur Herstellung dieser Steine benötigten Minerale beschäftigten. Die Verwertung wurde bisher durch in der Nähe von Krakau liegende Unternehmungen durchgeführt. Man will nunmehr im Wartheland selbst die Verarbeitung der gewonnenen Rohstoffe durchführen. Die Qualität der Erzeugnisse kann als gut bezeichnet werden.

Zement muß heute noch aus dem Altreich insbesondere aus Schlesien sowie Pommern eingeführt werden. Das Wartheland besitzt keine Zementfabrik. Das Reichswirtschaftsministerium hat jedoch bereits die Genehmigung zum Bau einer bedeutenden Fabrik im Anschluß an die im Regierungsbezirk

Hohensalza befindlichen Kalkwerke gegeben. Mit den Vorarbeiten hat man schon begonnen; bei planmäßiger Durchführung des Aufbaues kann mit einer Eröffnung der Fabrik etwa im Jahre 1942 gerechnet werden. Hingegen verfügt der Warthegau über 30 kleine Zementwarenfabriken mit einer Durchschnittsbelegschaft von 5—10 Mann. Diesen Unternehmungen kann jedoch ein besonderer Wert nicht beigemessen werden, da sie überwiegend über vollkommen unzureichende Maschinen verfügen und teilweise heute noch die Hauptarbeit mit Handbetrieb leisten. Man beabsichtigt, einige Betriebe zusammenzulegen oder sie durch Errichtung von neuen Maschinen zu rationalisieren. Die interessierten Handwerker werden vorerst jedoch noch ihren Bedarf aus dem Altreich über hies.ge Großhandelsfirmen beziehen müssen.

Kalk ist im ausreichenden Maße im Norden des Warthegaues vorhanden. Die dortigen Kalkbrüche liefern sogar erhebliche Rohstoffmengen in die angrenzende Provinz Ostpreußen sowie in den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Die Umsätze mancher Betriebe überschreiten daher oft die Millionengrenze. Die Durchschnittsgesamtbelegschaftszahl beläuft sich auf etwa 1800 Mann. Die Kapazität dieser Werke ist jedoch noch nicht vollkommen ausgenutzt. Durch Investierung moderner Maschinen, die von einigen Werken schon angefordert und teilweise sogar auch schon eingebaut sind, ist mit einer erheblichen Steigerung zu rechnen. Hinzukommt die nunmehr systematische Auswertung der Vorkommen, welche bisher von den Polen nach dem bekannten Raubbausystem durchgeführt worden war. Neuer jungfräulicher Kalkboden ist vor kurzem im südöstlichen Teil des Warthelandes festgestellt worden. Untersuchungen über die Abbaufähigkeit sind im Gange.

Von Bedeutung sind auch die zahlreichen Kiesgruben, welche sich über das gesamte Wartheland erstrecken und mehrfach sehr reichliche Vorkommen aufweisen. Erforderlich ist jedoch auch hier eine systematische Ausbeutung unter Zuhilfenahme von modernen Maschinen. Erwähnenswert sind noch einige Tonvorkommen, die sich für den Klinkerbau eignen. Zur Zeit werden derartige Bodenschätze im Kreise Birnbaum auf ihre Verwertbarkeit hin überprüft.

Zusammenfassend kann mithin für die vorerwähnten Handwerkergruppen gesagt werden, daß die Entwicklungsmöglichkeiten in Verbindung mit den bestehenden Rohstoffvorkommen und der später noch zu besprechenden großzügigen Unterstützung des Reiches als ungewöhnlich aussichtsreiche, ja sogar als einmalige angesprochen werden können. Zu beachten ist hierbei, daß der deutsche Handwerker die Aussicht hat, bei Fleiß, Können und Energie sich zum Führer und Lenker eines Unternehmens, das über eine der Sparte entsprechende mittlere oder gar größere Belegschaft verfügt, in absehbarer Zeit emporzuarbeiten. In dieser Zukunftsaussicht liegt ein besonderer Anreiz für tüchtige deutsche Menschen.

In einem hohen Ausmaß werden von den großen Aufgaben und ihren Auswirkungen auch die Kraftfahrzeughandwerker erfaßt werden. Zur polnischen Zeit war dieses Handwerk nur mit wenigen unbedeutenden Betrieben vertreten. So wurden im Herbst 1939 im Regierungsbezirk Posen nur etwa

40 Kraftfahrzeughandwerker gezählt, die zum Teil Einmannbetriebe waren und über vollkommen ungenügende Werkstätten verfügten. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in den anderen Kreisen. Dieses ist nicht verwunderlich, wenn man sich die polnischen Verhältnisse, insbesondere die „reifenmordenden" Straßen in Erinnerung bringt. In einem solchen Land konnte sich naturgemäß ein Kraftfahrzeugverkehr nicht entwickeln. Hinzu kommt ferner der außergewöhnlich hohe Preis für die einzelnen Verkehrsmittel. Beispielsweise kostete ein Motorrad mit Pedalantrieb 100 ccm polnisches Fabrikat ca. 750.— Zl., deutsche Motorräder 100 ccm mit Pedalen ca. 800.— Zl., das DKW.-Motorrad 100 ccm mit verchromtem Tank ca. 950,— Zl. Dieses bedeutet jedoch in der Praxis, umgerechnet auf die Kaufkraft der Abnehmergruppen, daß ein Bauer etwa 150 Zentner Roggen verkaufen mußte, um das gewöhnliche DKW.-Motorrad 100 ccm erwerben zu können. Im Gegensatz zu diesen Verhältnissen kostet heute das gleiche Motorrad 390,— RM, ein Preis, der etwa dem Gegenwert von nur 49 Zentnern Roggen entspricht. Der Bauer kann also das Fahrzeug mit rund einem Drittel der Roggenmenge wie zur polnischen Zeit jetzt kaufen. Die gleiche Bewertung gilt auch für die entsprechenden Ersatz- und Zubehörteile.

Die Preise für Fahrräder betrugen etwa 150,— bis 180,— Zl. für Danziger oder bessere polnische Qualitäten. Deutsche Markenräder, die nur sehr selten eingeführt wurden, kosteten im Verkauf bis 250,— Zl. Der Bauer mußte hierfür früher etwa 20 Zentner Roggen verkaufen, während heute der Preis für ein komplettes Fahrrad „Marke Wanderer" ca. 80,— RM, gleich 10 Zentner Roggen, beträgt.

Unter diesen Umständen wird es verständlich, wenn im gesamten Polen lediglich etwa 32—35 000 Kraftwagen und etwa 7000 Motorräder und ca. eine Million Fahrräder liefen und damit nur ein einziges Kraftfahrzeug auf 1000 Einwohner und 1 Motorrad auf etwa 450 Polen entfiel, während etwa jeder 32ste Bürger ein Fahrrad besaß.

Durch die Auswirkungen des polnischen Feldzuges haben sich diese Zahlen insofern verändert, als der überwiegende Teil der vorhandenen Verkehrsmittel entweder von den deutschen oder polnischen Heeren in Benutzung genommen oder durch die Kriegsereignisse zerstört sind oder heute unter dem Mangel an nicht nachlieferbaren Ersatzteilen leiden. In der Zukunft ist jedoch mit einer erheblichen Entwicklung zu rechnen. Bereits der Aufbau wird unzählige neue Lastkraftwagen in den Warthegau bringen. Es sei darauf hingewiesen, daß heute allein in einem einzigen Bauabschnitt neben 50 Lastkraftwagen noch über 1500 Panjewagen zur Heranschaffung der Rohstoffe eingesetzt sind, die in späteren Tagen durch motorisierte Wagen zwecks schnellerer Durchführung der Aufgaben weitestgehend ersetzt werden. Es ist auch mit dem Einsatz der Organisation Todt zu rechnen, welche mit ihrem großen Kraftwagenpark schon eine außergewöhnliche Belebung bringen wird.

Ein weiterer großer Auftraggeber wird die Industrie und der Handel sein. Beide Gruppen müssen weitestgehend ausgebaut, rationalisiert

und mit neuen Maschinen und Kraftwagen ausgestattet werden. Ferner kommt die Motorisierung der Landwirtschaft mit ihren großen Bestellungen auf Traktoren, Kraftfahrzeugen und Motoren der verschiedensten Art in Betracht. Um jedoch die Dichte des Altreiches für Motorräder zu erhalten, werden mindestens 100 000 Motorräder gebraucht werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse für das Kraftfahrzeug und ähnlich auch für die Fahrräder, bei denen man diese Zahl schätzungsweise mit einer weiteren Million Stück angibt. Diesen zu erwartenden großen Anforderungen können die bisher bestehenden Werkstätten naturgemäß nicht gerecht werden. Bereits auf Grund des starken Arbeitsanfalles durch den Ausbau der Behörden und den allgemeinen Aufbau des Warthegaues verstärkte sich diese Zahl bis zum 1. August 1940 auf 101 Betriebe, von denen 29 Unternehmungen in der Gauhauptstadt Posen, 25 in Litzmannstadt, je 5 in Hohensalza und Ostrowo, je 4 in Kalisch und Gostingen, je 3 in Gnesen, Wollstein und Dietfurt tätig waren und der Rest sich auf die übrigen Kreisstädte wie Samter, Scharnikau, Obernick, Kosten, Schroda, Wreschen, Schrimm, Wongrowitz, Kutno, Konin, Mogilno, Kempen usw. verteilten. Ohne jede Werkstatt waren in diesem Zeitpunkt Städte wie Lissa, Kolmar, Jarotschin, Krotoschin, Gasten, Rawitsch, Turek, Warthbrücken, Hermannsbad, Leslau usw.

In der Zwischenzeit sind weitere Betriebe eröffnet worden, so daß man heute rund 200 Kraftfahrzeughandwerker im Wartheland zählen kann. Nach Ansicht sachverständiger Kreise werden aber mindestens noch weitere 1200 Handwerker dieser Sparte benötigt, um den Aufgaben gerecht werden zu können.

Im Sinne der geplanten Raumaufteilung müßten diese Werkstätten über das ganze Land verteilt werden. Verschiedene Stellen haben auch schon Pläne zur Ansiedlung von Kraftfahrzeughandwerkern vorgeschlagen, in denen beispielsweise der Neubau von Werkstätten mit Wohnung, Garagen, Tankstellen und weiteren Ausbaumöglichkeiten am Eingang bzw. Ausgang einer größeren Ortschaft vorgesehen sind.

Fahrradreparaturen führen überwiegend kleinere Mechanikerwerkstätten aus, die sehr oft zugleich ein Einzelhandelsgeschäft für Fahrräder unterhalten. Im gesamten Warthegau zählt man zur Zeit ca. 250 Fahrradhändler, die teilweise in volksdeutscher Hand sind und zum anderen Teil durch deutsche kommissarische Verwalter bewirtschaftet werden. Der Bedarf an Fahrrädern wird wahrscheinlich jedoch in einem noch stärkeren Maße als gedacht steigen, da die Siedlungsplanung größten Wert auf gute Fahrradwege legt und im übrigen den Ausbau so durchführen will, daß sowohl die einzelnen Dörfer bequem die Hauptdörfer mit dem Fahrrad erreichen können als auch die Hauptdörfer durch gute Fahrradwege miteinander verbunden sind.

Von Bedeutung für den Handwerkereinsatz ist dann noch neben dem Handel der große Auftraggeber: Industrie. Der größte Teil der Betriebe muß nach modernen Gesichtspunkten ausgebaut und erneuert, andere Gruppen vollkommen neu aufgebaut werden. Während die Handelsgeschäfte sich über den ganzen Warthegau erstrecken, finden wir bei der Industrie mehrere Hauptgebiete vor,

in denen bestimmte Industriezweige vornehmlich anzutreffen sind. Es handelt sich hier um das Industriedreieck Litzmannstadt-Leslau-Hohensalza, zu dem noch in erster Linie die Bezirke Posen, Kalisch, Birnbaum-Zirke hinzutreten.

Litzmannstadt und Kalisch sind durch die Textil- bzw. Spitzenindustrie, Hohensalza durch seine Maschinenindustrie über die Grenzen des Warthelandes bekannt geworden. Leslau hat neben einer Papier- und Holzindustrie und Braunkohlenvorkommen eine größere keramische Industrie — wie Kolmar — und Birnbaum-Zirke Braunkohlen- und Tonvorkommen.

Ihrer Bedeutung nach stehen ohne Zweifel die Textil-, Nahrungsmittel- und Maschinenindustrie an der Spitze der Unternehmungen mit teilweise nicht unerheblicher Ausfuhrleistung.

Die führende Stellung nimmt in diesem Zusammenhang der Bezirk Litzmannstadt mit seiner bekannten Textilindustrie ein. Zur polnischen Zeit wurden in diesem Gebiet über 3500 Textilfabriken gezählt, die aber heute auf Grund ihrer überwiegend mangelhaften Struktur bis auf etwa 1000 geschlossen sind. Von dem verbleibenden Rest ist wiederum eine größere Anzahl von Unternehmungen nach Verbrauch der vorhandenen Rohstoffe mit dem Ziele eingestellt worden, sie für eine Fortführung des Betriebes nach Beendigung des Krieges zu „konservieren". Durch Verbesserung des Maschinenparks der bestehengebliebenen Unternehmungen ist die Kapazität der zur polnischen Zeit aufgeblähten Industrie fast erreicht. Nach dem Kriege ist unbedingt mit einer starken Erweiterung dieses Industriebezirkes zu rechnen, weil die dortigen Erzeugnisse nicht nur die Bedürfnisse des Warthelandes befriedigen, sondern darüber hinaus, einer jahrhundertealten Tradition folgend, den Markt des Nahen und Fernen Ostens sowie des Südostens im beachtlichen Umfang versorgen können. Der Verkaufswert der allein in diesem Bezirk erzeugten Warenmenge belief sich im Jahre 1937 auf über 630 Millionen Zl., von dem allein auf die Textilindustrie ca. 550 Millionen Zl. und auf die nächstbedeutende Industrie, die Chemische Industrie, 32 Millionen Zl. entfielen.

Aus diesem Zahlenvergleich ersieht man, daß die übrigen in dem Bezirk ansässigen Industriefirmen mehr oder weniger für die Textilindustrie arbeiten und nur im geringen Ausmaß einen eigenen Export betreiben. Diese Feststellung gilt im übrigen auch sinngemäß für den Handel und das Handwerk. Aus diesem Grunde nimmt Litzmannstadt im Warthegau eine einheitlich abgeschlossene Stellung ein.

Das Handwerk in diesem Industriekreis ist ohne volksdeutsche Unternehmungen mit über 6364 Betrieben vertreten, von denen etwa 1100 kommissarisch verwaltet und 661 bereits an Deutsche verkauft worden sind. Über 1300 Betriebe geringerer Qualität befinden sich noch in polnischen Händen.

Die nachstehende Aufstellung soll insoweit einen Überblick über die Verhältnisse bei den bedeutendsten Innungen verschaffen. Die Zahlen beziehen sich auf die Stadt Litzmannstadt sowie auf die Kreise Litzmannstadt-Land, Lask, Lentschütz, Schieratz. Die deutschen Betriebe sind nicht besonders gekennzeichnet.

Name der Innung	Litzmannstadt	Litzmannstadt-Land
Schlosser	140	65
Stellmacher	10	26
Töpfer	8	5
Mechaniker	45	17
Dachdecker	—	—
Elektrotechniker	28	1
Glaser	20	3
Klempner und Installateure	75	14
Maler	19	5
Stukkateure	—	—
Damenschneider	233	2
Färber	178	30
Kürschner	83	43
Sattler	73	26
Tischler	182	107
Weber und Wäscheschneider	685	549

Der Bedarf an weiteren Handwerkern wird darüber hinaus in jeder Sparte sehr erheblich werden, da künftig mit einem bedeutenden Ausbau des Bezirkes auf allen Gebieten zu rechnen ist und in diesem Zusammenhang besonders starke Anforderungen an die Handwerker gestellt werden dürften, so daß für diese Berufsgruppe eine sehr günstige Entwicklung zu erwarten ist.

Bei der zweiten im Regierungsbezirk Litzmannstadt liegenden und in der vorstehenden Aufstellung noch nicht berücksichtigten Industriestadt Kalisch, die durch die Spitzenfabrikation und Plüschstoffherstellung bekannt geworden ist, liegen ähnliche Verhältnisse — allerdings in einem stark verkleinerten Maßstab — vor. Bei diesen Fabriken handelt es sich vorwiegend um Betriebe mit veralteten Maschinen, so daß gegenwärtig bereits der überwiegende Teil der Unternehmungen geschlossen oder mit anderen Betrieben zusammengelegt werden mußte. Nach dem Kriege dürfte Kalisch jedoch einen nicht unerheblichen Ausbau seiner Fabriken vornehmen, weil die Lage nicht ungünstig ist und die Stadt über eine gewisse Tradition verfügt. Erwähnenswert sind an dieser Stelle alsdann noch die Textilbetriebe in der Gauhauptstadt Posen, die durchgehend einer starken Rationalisierung bedürfen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Die übrigen zu dem Regierungsbezirk Litzmannstadt gehörenden Landkreise wie Kalisch, Kempen, Ostrowo, Turek, Welungen sind heute noch mit polnischen Handwerkern stark durchsetzt. Eine Übersicht aus diesen Kreisen soll die Aufteilung der Handwerksbetriebe nach Sparten, ohne auf den nur verhältnismäßig geringen Prozentsatz der in deutschen Händen befindlichen Unternehmungen einzugehen, anzeigen. In der Aufstellung sind noch nicht die den laufenden Bedarf der Bevölkerung deckenden Handwerker wie Bäcker, Fleischer usw. aufgeführt. Auf diese Gruppen soll später eingegangen werden.

Bildhauer	2	Betriebe	Maler	26	Betriebe
Böttcher	17	„	Maurer	23	„
Brunnenbauer	—	„	Mechaniker	7	„
Buchbinder	2	„	Reparateure	3	„
Bürstenbinder	6	„	Sattler	54	„
Dachdecker	2	„	Seiler	3	„
Drechsler	2	„	Spediteure	32	„
Elektrotechniker	18	„	Stellmacher	73	„
Fotografen	16	„	Schildermaler	1	„
Gerber	12	„	Schlosser	127	„
Glaser	15	„	Schmiede	347	„
Klempner	17	„	Schornsteinfeger	1	„
Korbmacher	6	„	Tischler	193	„
Kürschner	1	„	Zimmerleute	2	„

Überprüft man die eisenverarbeitende Industrie, deren größtes Unternehmen — die Waffen- und Munitionswerke A.G. — sich in Posen befindet, so trifft man auf zahlreiche geringwertige Betriebe mit veralteten Maschinen und geringer Belegschaft, die in vielen Fällen lediglich den Eindruck einer kleineren Schlosserei oder Mechanikerwerkstatt hinterlassen. Wie der Gauleiter wiederholt jedoch zum Ausdruck gebracht hat, wünscht er im Gau eine so starke eisenverarbeitende Industrie, daß der bedeutende Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, an Ersatzteilen und Zubehörstücken im eigenen Lande hergestellt werden kann. Aus diesem Grunde sind nicht nur die bestehenden Betriebe im vollen Umfang zu überholen, sondern es werden auch neue Unternehmungen zu errichten sein.

Die gleichen Verhältnisse treffen wir auch bei der Nahrungsmittelindustrie an, die heute schon über eine Anzahl Konservenfabriken, Mühlen, Brauereien, Flockefabriken u. a. verfügt. In demselben Maße, wie die jährliche Ernte sich dem erstrebten hohen Ernteertrag praktisch nähert, wird auch eine gesteigerte Veredelung im eigenen Gau einsetzen. Konservenfabriken und Mühlenbetriebe haben im Wartheland und nicht am Rhein zu liegen. Aufgabenmäßig sind diese Unternehmungen über das ganze Wartheland zu verteilen. Das Land wird im verstärkten Umfang hieraus Aufträge zugewiesen erhalten.

Zu den gleichen Beurteilungen kommt man auch in den anderen Industriezweigen. Das Bestreben der Regierung geht dahin, das landwirtschaftliche Gebiet in einem gesunden Verhältnis mit Industrie- und Handelsunternehmungen zu durchsetzen. Bei jedem Neubau, bei jeder Verbesserung und Renovierung wird der deutsche Handwerker beteiligt sein.

Bei der Durchführung dieser Aufgaben wird auch das Kunstgewerbe einen besonderen Platz einnehmen. Bereits in den früheren Jahrhunderten hatten die deutschen Meister auf diesem Gebiet hervorragende Arbeiten geliefert. Die wunderbaren Gitterwerke des Gnesener Doms, die harmonisch geformten Trinkbecher der Innungen, die verschiedensten Vasen und Krüge, die zahlreichen hervorragenden Steinmetzarbeiten, Werke eines Veit Stoß und Peter Vischer

zeugen von der hohen Blüte der heimischen handwerklichen Kunst. Der Wille der Regierung ist, diese Tradition wieder aufrechtzuerhalten. Die künstlerische Inneneinrichtung der Handwerkskammer zeigt den Ernst dieses Strebens und auch die vorhandene Kunstfertigkeit der heute hier lebenden Meister. Diese Bemühungen sollen daher weitestgehend unterstützt, auf allen Gebieten gefördert werden und bei den zahlreichen Bauten zur praktischen Anwendung gelangen. Schöpferisch veranlagte Meister werden daher ein überaus dankbares Arbeitsfeld finden.

Eine besondere Stellung nehmen noch die Schmiede ein. Bei der Handelskammer waren etwa 5270 Angehörige dieser Berufsgruppe registriert. Ihre Werkstätten entsprachen jedoch in keiner Weise der ihnen ohne Zweifel zukommenden wirtschaftlichen Bedeutung als Hilfskräfte der alles beherrschenden Landwirtschaft. Kleine Räume, geringwertige Werkzeuge in zu kleiner Auswahl, niedrige Einnahmen sind ihre Kennzeichen. Auf diesem Gebiet muß ein grundlegender Wandel eintreten. Tüchtige Meister haben daher gute Aussichten.

Damit sind in großen Zügen die Aufgaben des Aufbaues dargestellt, an deren Bewältigung der deutsche Handwerker sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften unmittelbar beteiligen muß.

Neben dieser Gruppe stehen diejenigen Handwerker, welche den laufenden Bedarf der Bevölkerung in jeder Richtung zu decken haben, wie Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Schneider, Friseure, Müller, Putzmacherinnen usw. Zur polnischen Zeit hatte die Handwerkskammer bei den nachstehenden Hauptgruppen folgende Handwerksgenehmigungen registriert:

Schneider	9350	Betriebe	Tischler	4890	Betriebe
Schuhmacher . . .	8700	„	Bäcker	4280	„
Fleischer	8200	„	Friseure	3140	„
Schmiede	5270	„	Schlosser	2290	„

Für diese Handwerkerberufe gelten die gleichen Bewertungen wie bei den anfangs erwähnten Gruppen. Nur wenige Betriebe sind für den deutschen Menschen einsatzfähig, während der überwiegende Teil geschlossen und der polnische Handwerker einem deutschen Betrieb zur Verfügung gestellt werden muß. Die Qualität des polnischen Handwerkers ist in den einzelnen Sparten unterschiedlich. Während in den größeren Städten einige brauchbare Bäcker, Schneider und vor allen Dingen Schuhmacher anzutreffen sind, fallen die Fähigkeiten auf dem Lande und vor allen Dingen wiederum in den östlichen Kreisen wesentlich.

In manchen Zweigen sind bereits in einem beachtlichen Umfang deutsche Handwerker tätig, wie z. B. auf dem Gebiet der Optik oder der Zahntechnik oder der Buchbinderei u. a. Die seit dem Einmarsch der deutschen Truppen in den Warthegau eingewanderten deutschen Handwerker sind jedoch in erster Linie in den größeren Städten eingesetzt, während die kleineren Städte und das Land noch verhältnismäßig gering besiedelt geblieben sind. Nachstehend wird zur Unterrichtung eine Übersicht über den Stadt- und Landkreis Posen mit

gleichzeitiger Angabe der deutschen und polnischen Betriebe gegeben sowie einige Aufstellungen über weitere Kreise mit der reinen Angabe der zur Zeit noch vorhandenen Betriebe ohne nähere Mitteilung der von Deutschen besetzten Unternehmungen.

Name der Innung	Posen-Stadt Deutsche	Posen-Stadt Polen	Posen-Land Deutsche	Posen-Land Polen
Uhrmacher	20	26	—	3
Zahntechniker	4	—	—	2
Konditoren	26	14	—	—
Weber	26	25	—	—
Augenoptiker	4	—	—	—
Buchbinder	9	—	—	—
Damenschneider	43	102	—	—
Friseure	58	200	—	39
Fleischer	71	24	—	123
Fotografen	27	13	—	1
Bäcker	59	86	14	60
Herrenschneider	34	270	2	24
Goldschmiede	24	19	—	—
Putzmacher	21	21	—	—
Schuhmacher	39	500	9	200
Müller	1	2	11	3
Galvaniseure	1	2	—	—

Name der Innung	Kreis Scharnikau	Kreis Wongrowitz	Kreis Jarotschin
Fleischer	65	42	64
Bäcker	26	53	67
Friseure	15	28	34
Schuhmacher	35	35	24
Schneider	32	64	24
Fotografen	—	2	1
Müller	—	—	—

Für den Stadt- und Landkreis Litzmannstadt gelten die nachstehenden Zahlen (ohne volksdeutsche und neu errichtete deutsche Betriebe):

Name der Innung	Litzmannstadt	Litzmannstadt-Land
Uhrmacher	73	14
Zahntechniker	16	2
Konditoren	85	17
Weber	685	549
Augenoptiker	—	—
Buchbinder	58	2
Damenschneider	233	2
Friseure	534	138

Name der Innung	Litzmannstadt	Litzmannstadt-Land
Fleischer	396	342
Bäcker	247	183
Herrenschneider	—	148
Goldschmiede	15	—
Putzmacher	4	2
Schuhmacher	529	236
Müller	—	112

Die Verdienstmöglichkeiten sind in allen Sparten in den Städten wie auf dem Lande außerordentlich günstige. Es sind Bäckereien und Fleischereien mit einem Monatsumsatz bis 30 000,— RM bekannt oder führende Friseurgeschäfte mit einem solchen bis zu 5000 RM. Schneider haben wiederholt Netto-Einnahmen von 4—5000 RM monatlich erzielt. Es liegen mithin ähnliche Verhältnisse vor, wie bei den früher erwähnten Sparten bereits angedeutet wurde. Vergleichsweise seien nochmals die Umsätze von Baugeschäften erwähnt mit 60 bis 80 000 RM und darüber hinaus, von Tischlereien mit 15 bis 20 bis 30 000 RM, von Landmaschinenwerkstätten mit 20 bis 30 000 RM oder Installationsgeschäften mit 5 bis 10 000 RM usw. Auf dem Lande liegen die Verdienste etwas niedriger. Es darf bei der Beurteilung dieser Verhältnisse jedoch niemals die durchgeführte Planung und die Tatsache vergessen werden, daß das Wartheland als Aufbaugebiet über besonders günstige Entwicklungsmöglichkeiten verfügt.

Darüber, an welchen Orten besondere Einsatzmöglichkeiten gegeben sind, kann naturgemäß an dieser Stelle nichts Abschließendes gesagt werden. Durch den ständigen Neueinsatz verschieben sich die Verhältnisse täglich, so daß ein endgültiger Bescheid nur im Augenblick der Antragsstellung eines deutschen Menschen, sich an dem Ostaufbaukampf beteiligen zu wollen, gegeben werden kann. Die in dieser Gruppe benötigten Betriebe werden in dem gleichen Maße steigen, wie der deutsche Mensch in den Warthegau einwandert.

Über das hierbei einzuschlagende Verfahren sowie über die weitgehende Unterstützung des Reiches bei diesem Einsatz wird der nächste Abschnitt nähere Auskunft erteilen.

Einsatzweg und Förderungsmaßnahmen des Reiches

Wie die Wiedergewinnung des gesamten Ostraumes den bedingungslosen kämpferischen Einsatz des deutschen Soldaten verlangt hat, so fordert auch der Ausbau der deutschen Wirtschaft im befreiten Ostgebiet in besonderem Maße den vollen Einsatz jedes einzelnen deutschen Handwerkers. Primitive Werkstätten und unzulängliche Betriebsverhältnisse sind in der Regel die Kennzeichen polnischer Wirtschaft. Mehr als in irgendeinem anderen Gewerbezweig hängt aber gerade im Handwerk der wirtschaftliche Erfolg eines Handwerksbetriebes von dem Grad des persönlichen Einsatzes des Handwerkers ab. Darum wird bei den zu erfüllenden großen Aufgaben der Wirtschaft im Osten der tüchtige Handwerker stets ein sicheres und gutes Auskommen haben.

Der Staat selbst ebnet ihm in mehrfacher Weise den Weg zur Schaffung und Erhaltung einer gesunden wirtschaftlichen Existenz. Es liegt allein in der Hand des Handwerkers, sich durch besondere Leistungsfähigkeit und rückhaltloses Bekenntnis zum Deutschtum der staatlichen Hilfsmaßnahmen würdig zu zeigen. Bevor auf sie näher eingegangen wird, soll zunächst der Gang des Bewerbungsverfahrens, von der Antragstellung bis zur endgültigen Einweisung in den Handwerksbetrieb, aufgezeigt werden.

Den von seiner Heimathandwerkskammer erhältlichen Antragsvordruck reicht der Handwerker ausgefüllt bei seiner zuständigen Innung ein. Diese überprüft vor allem die fachliche Eignung des Bewerbers und übersendet den Antrag mit ihrem Gutachten der Kreishandwerkerschaft.

Nach Feststellung der Entbehrlichkeit des Antragstellers in seinem Wohnort gibt die Kreishandwerkerschaft den Vorgang mit ihrer Stellungnahme an die Heimathandwerkskammer ab. Hier wird der Antrag auf seine Vollständigkeit hin durchgesehen. Sodann fordert die Handwerkskammer bei der zuständigen Parteidienststelle eine politische Unbedenklichkeits-Bescheinigung an. Durch eingehende gesundheitliche Untersuchung wird festgestellt, ob der Handwerker und seine Familie die erforderlichen gesundheitlichen Voraussetzungen auch in erbbiologischer Hinsicht erfüllen. Sind diese vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für den Einsatz vorgeschriebenen Bedingungen eingehalten, werden die gesamten Unterlagen mit abschließender Befürwortung über den Reichsstand des deutschen Handwerks an die zuständige Ost-Handwerkskammer weitergeleitet, je nachdem, in welchem Gau der Handwerker angesetzt werden möchte. Von dort erhält der Bewerber nach sachgemäßer

Bearbeitung seines Antrages weitere Nachricht, u. a. auch die Aufforderung zur Besichtigung des ausgesuchten Betriebes.

Mit dem Antrag sind von dem Bewerber zugleich ein Lebenslauf sowie vorhandene Zeugnisse einzureichen. Außer dem Antrag hat der Bewerber noch den sogenannten „Ostbewerberfragebogen“ auszufüllen, die „Kennkarte“ jedes Ostbewerbers, welche die wichtigste Beurteilungsgrundlage für den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bildet, der allein die Verantwortung für den Menscheneinsatz im Osten trägt. Nur politisch zuverlässige und verantwortungsbewußte gesunde deutsche Menschen sind dazu geeignet und ausersehen, das Deutschtum im Ostraum zu festigen und notfalls gegen jeden Angriff zu schützen. Durch den Ostbewerberfragebogen soll noch einmal die Gesamtpersönlichkeit des Bewerbers von allen Seiten her erfaßt und gleichzeitig verhindert werden, daß unlautere Elemente in das Ostgebiet hineindringen. Die Ausfüllung des Fragebogens selbst bietet technisch keine Schwierigkeiten und befreit den Ostbewerber von jedem weiteren „Papierkrieg“ mit anderen Behörden und Dienststellen. Soweit er den Nachweis der arischen Abstammung bereits an anderer Stelle erbracht hat, kann er hierauf Bezug nehmen. Der Ostbewerberfragebogen ist gleichfalls bei der Heimat-Handwerkskammer erhältlich, auf jeden Fall aber durch die Haupttreuhandstelle Ost, Berlin, oder die örtlich zuständigen Treuhandstellen zu beziehen.

Zur Stellung des Antrages ist jeder Handwerker berechtigt, der die Grundbedingungen erfüllt. Die fehlende Meisterprüfung ist kein Hindernis für die Übernahme eines Betriebes, muß aber in angemessener Frist von dem Bewerber nachgeholt werden. Auch bisherige Unselbständigkeit steht dem Einsatz nicht entgegen.

Bewerbungen von Wehrmachtsangehörigen können erst erfolgen, wenn sie aus der Wehrmacht entlassen sind oder unmittelbar vor der Entlassung stehen. Unter den Entlassenen werden Versehrte bevorzugt behandelt. Zu beachten ist, daß diese Ostbewerbergesuche ausschließlich an die für den Wohnort zuständigen Wehrmachtsfürsorgeoffiziere zu richten sind. Der direkte Weg an die Bearbeitungsstelle (Handwerkskammer, Treuhandstellen) ist grundsätzlich unstatthaft.

Wie oben erwähnt, bestehen die Einsatzmöglichkeiten in der Übertragung einer kommissarischen Verwaltung über einen ehemals polnischen Betrieb, die an sich übliche Form des Einsatzes, und in der Genehmigung zur Neuerrichtung eines Unternehmens. Wegen ihrer Eigenart interessiert in erster Linie die Einsetzung eines kommissarischen Verwalters, die auf Vorschlag der Ost-Handwerkskammer durch die örtliche Treuhandstelle erfolgt. Die Wünsche des Bewerbers bezüglich des Niederlassungsortes und der Wahl des Betriebes werden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt. Mit der Bestallung zum kommissarischen Verwalter ist der Handwerker grundsätzlich zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen ermächtigt, die die Verwaltung des ihm anvertrauten Vermögens im Rahmen ordnungsmäßiger Wirtschaft mit sich bringt.

Für seine Tätigkeit erhält der kommissarische Verwalter eine Vergütung, die es ihm ermöglicht, eine für einen selbständigen Handwerker angemessene Lebenshaltung zu führen. Als Anhaltspunkte für die Bemessung dienen die Rentabilität des Geschäftes sowie seine persönlichen und bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Darüber hinaus hat es der Handwerker in der Hand, sich durch besondere fachliche Tüchtigkeit eine erhöhte Vergütung zu sichern und außerdem ein Anrecht auf eine angemessene Beteiligung an dem während der Zeit seiner kommissarischen Verwaltung bis zum Erwerbsstichtag entstandenen Reingewinn. Eine bestimmte Dauer ist für die kommissarische Führung des Betriebes nicht vorgeschrieben, vielmehr steht es dem Bewerber im allgemeinen frei, das Unternehmen von vornherein käuflich zu erwerben.

Der Kaufantrag ist bei der zuständigen Treuhandstelle zu stellen. Sie erteilt dem Handwerker auch eingehende Auskunft über alle Einzelfragen und steht ihm auch sonst mit Rat und Tat zur Seite. Die Kaufbedingungen sind äußerst günstig, da der Handwerker nur die Aktivwerte, d. h. die Einrichtung und etwa vorhandene Warenvorräte kauft. Maßgebend für die Bewertung ist der jeweilige Zeitwert. Die Berechnung eines sogenannten „Geschäftswertes" (good will) kommt bei Handwerksbetrieben in der Regel nicht in Betracht. Im übrigen erleichtern die Treuhandstellen dem Erwerber den Ankauf durch weitgehende Ratenzahlungen.

Der Ansatz von Handwerkern verlangt aber auf der anderen Seite das Vorhandensein von menschenwürdigen Wohnungen und Arbeitsstätten. Was polnische Wirtschaft hinterlassen hat, ist zum größten Teil mit altreichsdeutschen Begriffen unvereinbar. Aus diesem Anlaß wurde im Einvernehmen mit der Haupttreuhandstelle Ost, Berlin (H.T.O.), und dem Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Ende vorgangenen Jahres die Handwerksaufbau Ost G. m. b. H. gegründet. Sie hat dafür zu sorgen, daß die ehemals polnischen Handwerksbetriebe und zugehörigen Wohnungen in einen einsatzfähigen Zustand gelangen. Weiter hat sie die Aufgabe, in besonderem Maße für die zurückgekehrten Kriegsteilnehmer Neubauten zu errichten. In gleicher Weise hat jetzt auch die H.T.O. in Berlin damit begonnen, Mittel für bauliche Instandsetzungsarbeiten in den mit reichsdeutschen Handwerkern zu besetzenden Handwerksbetrieben nebst anschließenden Wohnräumen zur Verfügung zu stellen.

Daß die Ansiedlung im Osten keine Angelegenheit ist, bei der es entscheidend auf das Eigenkapital des Ostbewerbers ankommt, sondern bei der es um die Festigung und Förderung deutschen Volkstums geht, zeigen die außergewöhnlichen Unterstützungsmaßnahmen des Reiches auf wirtschaftlichem und steuerlichem Gebiet.

Durch die Reichswirtschaftshilfe wird den gewerbetreibenden Ostsiedlern, die über keine oder nur geringe eigene Mittel verfügen, die Möglichkeit gegeben, sich eine neue wirtschaftliche Existenz zu gründen bzw. ehemals polnische Betriebe zu erwerben. Sie besteht in der Übernahme von Reichsbürgschaften für Kredite, die gewährt werden können als:

1. Investitionskredite. Diese sind im wesentlichen dazu bestimmt, gewerbliche Betriebe neu einzurichten oder in dem wirtschaftlich notwendigen Umfang wieder aufzubauen und ihre ordnungsmäßige Fortführung sicherzustellen.
2. Betriebsmittelkredite. Hierbei handelt es sich vor allem um die Finanzierung laufender Aufträge wie um die Deckung notwendiger laufender Betriebsausgaben (Löhne, Material usw.).

Die Bereitstellung dieser reichsverbürgten Kredite kann sowohl durch die eigenen Bankverbindungen der Kreditnehmer — die sogenannten Hausbankkredite — als auch bei größeren Krediten durch ein Bankkonsortium, das unter der Führung der Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin, steht — die sogenannten Konsortialkredite —, erfolgen. Die entstehenden Kreditzinsen betragen 1 v. H. über dem jeweiligen Reichsbankdiskont, mithin also zur Zeit 4½ v. H. Der Zinssatz erhöht sich um einen Zuschlag von 1 v. H., falls die Kreditbank ein Eigenrisiko von mindestens 15 v. H. übernimmt, wie es die Regel ist (s. w. u.). Bei Konsortialkrediten beläuft sich der Zinssatz auf gegenwärtig 4½ v. H., wozu dann aber noch ½ v. T. als Verwaltungskostenbeitrag kommt.

Mit Rücksicht darauf, daß Kredite im Reichswirtschaftshilfe-Verfahren nur gewährt werden sollen, wenn die normalen Kreditmöglichkeiten ausfallen — weil z. B. den Kreditinstituten nach normalen bankmäßigen Grundsätzen die Einräumung eines Kredites ohne Sicherheiten nicht zuzumuten ist —, können bei der Prüfung von Anträgen auf Beteiligung an der Reichswirtschaftshilfe nicht die allgemein üblichen Forderungen an die Kreditgewährung gestellt werden. Diese Feststellung ist vor allen Dingen für das Kleinstgewerbe von größter Bedeutung, da in solchen Fällen der Kredit als reiner Personalkredit gewährt werden kann. Maßgebend für die Gewährung ist hierbei in erster Linie die fachliche, charakterliche und politische Eignung des Bewerbers.

Die Bürgschaft des Reiches kann bis zu 100 v. H. des Ausfalles betragen, soll jedoch bei Krediten von mehr als 2000,— RM sich auf mindestens 85 v. H. des Ausfalles ermäßigen, um in diesem Umfang die kreditgebende Bank am Kreditrisiko zu beteiligen. Der Antrag ist an eine Kreditbank einzureichen, die verpflichtet ist, den Antragsteller bei der Ausfüllung des Formulars zu unterstützen. Die Entscheidung über die Kreditanträge untersteht dem Vorsitzenden der Kreditausschüsse nach Anhörung dieser Ausschüsse, die bei den Regierungspräsidenten für die Begutachtung von Anträgen bis zu 25 000,— RM (Bezirkskreditausschüsse) und bei dem Reichsstatthalter für die Begutachtung von Anträgen über 25 000,— RM (Gaukreditausschüsse) gebildet werden.

In Fällen, in denen die Gewährung eines reichsverbürgten Kredites keine ausreichende Hilfe bietet, greift die Reichshilfe wirksam ein. Sie ist ihrem Wesen nach eine verstärkte Reichswirtschaftshilfe und besteht in der Gewährung von Reichszuschüssen zu Zinsverbilligung (aufgenommener reichsverbürgter Kredit), direkten Reichsdarlehen und notfalls Kapitalzuschüssen. Die Reichshilfe

soll hauptsächlich der Ansiedlung von Reichs- und Volksdeutschen in den Ostgebieten dienen.

Zu beachten ist, daß für die kommissarisch verwalteten Handwerksbetriebe, die bekanntlich der Aufsicht der H.T.O. Berlin bzw. deren örtlichen Treuhandstellen unterstehen, bezüglich des Kreditbedarfes eine besondere Regelung gilt. Zur Aufnahme von Krediten bedürfen die kommissarischen Verwalter in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Treuhandstelle. Die Reichswirtschaftshilfe darf nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, und zwar dann, wenn langfristige Investitionskredite benötigt werden und ein normaler langfristiger Kredit ohne Reichsbürgschaft bei den fraglichen Kreditbanken nicht zu erhalten ist. Im allgemeinen sollen nur kurzfristige Betriebskredite als sogenannte H.T.O.-Kredite gewährt werden. Diese laufen auf den Namen der Haupttreuhandstelle Ost und stehen damit unter ihrer Haftung. An erster Stelle bleibt aber immer der jeweilige kommissarisch verwaltete Betrieb, dem der Kredit zugute kommt, zur Rückzahlung verpflichtet. Die bei der Treuhandstelle, Abteilung Geldverkehr, anzufordernden Kreditantragsformulare hat der kommissarische Verwalter ausgefüllt über das Kreditinstitut mit dessen Befürwortung der genannten Dienststelle zur Genehmigung der Kreditaufnahme vorzulegen.

Bei der Beurteilung der Krediterfordernisse müssen die interessierten Handwerker von dem bereits mehrfach erwähnten Gedanken ausgehen, daß im Wartheland in erster Linie Mittelbetriebe mit einer vielköpfigen Gefolgschaft gegründet werden sollen, deren Lohn- und Rohstoffkostenanfall weit über den normalen Bedarf eines kleinen deutschen Handwerksbetriebes hinausgeht.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Hilfsaktionen des Reiches ist ferner die Gewährung von unverzinslichen Darlehen durch den Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für Ansiedlerkosten an altreichsdeutsche und volksdeutsche Handwerker zu nennen, die in den wiedergewonnenen Ostgebieten zum Ansatz kommen. Darunter fallen die Umzugskosten (auch für die Familienangehörigen wie für mitumsiedelnde Gefolgschaftsmitglieder), die Reisekosten für die Besichtigung des in Aussicht gestellten Betriebes und die Kosten, die aus Anlaß der gesundheitlichen Untersuchung des Bewerbers und seiner Familie entstehen. Nähere Einzelheiten über die dazu ergangenen Richtlinien sind durch die Kreishandwerkerschaften zu erfahren.

Auf dem Gebiet der Steuern sind durch die Oststeuerhilfe-Verordnung vom Dezember 1940 wesentliche Erleichterungen geschaffen worden. Auf Grund dieser Verordnung soll die Familie nachhaltig gefördert wie auch der einzelne Betrieb weitestgehend unterstützt werden. So sieht die Oststeuerhilfe-Verordnung Maßnahmen zur Erleichterung der Lebenshaltung und der Wirtschaftsführung für die Zeit vorerst bis zum Jahre 1950 vor. Der Kriegszuschlag zur Einkommensteuer kommt gemäß § 2 bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen in Wegfall. Hierbei ist die Höhe der Einkommensteuer ohne Bedeutung. Bei deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen mit ausschließ-

lichem oder gewöhnlichem Aufenthalt in den eingegliederten Ostgebieten mit Gesamteinkommen bis zu 25 000 RM ist die Einkommensteuer insofern ermäßigt, als Steuerfreiheit für ein Jahreseinkommen bis zu 3000,— RM zuzüglich 300,— RM für jedes minderjährige Kind besteht. Soweit also das Jahreseinkommen größer als 3000,— RM zuzüglich 300,— RM für jedes minderjährige Kind ist, jedoch nicht größer als 25 000,— RM, so unterliegt nur derjenige Teil des Jahreseinkommens der Einkommensteuer, der 3000 RM. übersteigt. An einem praktischen Beispiel gezeigt, bedeutet es folgendes: Ein verheirateter Handwerker mit einem Kind, der bei einem Jahreseinkommen von 4800,— RM bei einem Wohnsitz im Altreich monatlich 43 — RM Einkommensteuer und Kriegszuschlag zur Einkommensteuer zahlen müßte, wird in den Ostgebieten nur zu 2,67 RM Einkommensteuer herangezogen, im übrigen bleibt er kriegszuschlagsteuerfrei. Die Besserstellung beträgt gegenüber dem Altreich mithin 40,32 RM, wozu noch die Besserstellung auf dem Gebiet der Bürgersteuer und Gewerbesteuer kommt, da er insoweit nur die Hälfte der bisherigen Zahlung zu leisten hat.

Eine bedeutsame Erleichterung gilt auch bei Vorhandensein eines Vermögens hinsichtlich der Vermögenssteuer, da die nach den maßgeblichen steuerrechtlichen Bestimmungen vorgesehenen Freibeträge von je 10 000,— RM für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und jedes minderjährige Kind in den eingegliederten Ostgebieten verdreifacht sind. Besitzt demnach ein im Ostgebiet verheirateter Deutscher mit einem minderjährigen Kind ein Vermögen von 100 000 RM, so ist er nur mit einem Vermögensteil von 10 000 RM steuerpflichtig, während im Altreich vorliegend 70 000,— RM zur Vermögenssteuer herangezogen würden.

Weitere wesentliche steuerliche Entlastungen treten unter gewissen Umständen durch die Befreiung von der Grunderwerbssteuer, Umsatzsteuer und Erbschaftssteuer ein. Die Grundsteuer, die Grundstückssteuer und die Gewerbesteuer (sogenannte Realsteuern) sind auf die Hälfte ermäßigt.

Die vorerwähnten Erleichterungen erstrecken sich auf die Jahre 1941—1950 außer denen für die Bürgersteuer, Grunderwerbssteuer, Umsatzsteuer und Realsteuer, die von 1941—1945 gelten, bei der Gewerbesteuer vom Jahre 1940.

Einschneidende Maßnahmen zur Erleichterung der Wirtschaftsführung zeigen sich einmal in der Bewertungsfreiheit für die abnutzbaren Anlagegüter des Betriebsvermögens, die in den Jahren 1940—1950 angeschafft oder hergestellt worden sind oder werden (§ 8 in Verbindung mit § 23 Abs. 4 Ost-Steuerhilfe-Verordnung — OStV. —). Auf diese Weise will man den gewerblichen Unternehmer zur Ergänzung und Erweiterung seiner Betriebsanlagen anhalten. Das Wesen der Bewertungsfreiheit besteht darin, daß neben den Absetzungen für betriebsgewöhnliche Abnutzung und Abschreibungen — vgl. §§ 6, Ziffer 1; 7 Einkommensteuergesetz (EStG.) — besondere Ost-Abschreibungen vorgenommen werden können ohne Rücksicht auf die Nutzungsdauer des

abnutzbaren Anlagegutes. Diese Sonderabschreibungen sind der Höhe nach lediglich durch den Gesamtbetrag der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der betreffenden Gegenstände begrenzt. Für bauliche Anlagen ist dagegen die Bewertungsfreiheit auf 20 v. H. der Anschaffungskosten oder Herstellungskosten beschränkt.

Beispiel: Ein Handwerker in den eingegliederten Ostgebieten hat 1940 nach Vornahme der Absetzungen für Abnutzung einen Gewinn von RM 20 000,—. Er hat im gleichen Jahr eine Maschine zum Preise von RM 2000,— gekauft. Entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 10 Jahren hat er gemäß § 7 EStG. für die Maschine RM 200,— abgesetzt, die bei der Gewinnermittlung schon berücksichtigt sind. Der Handwerker kann nun weiter auf Grund der Bewertungsfreiheit Ost-Abschreibungen in Höhe von RM 2000,— minus 200,— = RM 1800,— vornehmen. Der zu versteuernde Gewinn beträgt demnach RM 20 000,— minus 1800,— = 18 200,—.

Macht die Anschaffung gewisser Sachen infolge der kriegswirtschaftlichen Lage vorübergehend einige Schwierigkeiten, die den Handwerker an der vollen Ausnutzung der Bewertungsfreiheit hindern, da sie erst nach der Lieferung der betr. Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden kann, dann hat der Handwerker die Möglichkeit, sich unter bestimmten Voraussetzungen durch die Aufbaurücklage (§ 9 OStV.) auch schon vor der Lieferung den Genuß der steuerlichen Vergünstigungen zu sichern. Bei dieser steuerfreien Rücklage handelt es sich um die Zurücklegung von echten Gewinnbeträgen in den Jahren 1940—1944, die zu Ost-Abschreibungen auf die bestellten Anlagegüter nach ihrer Lieferung verwendet werden sollen. Soweit die Aufbaurücklage bis Ende des Wirtschaftsjahres 1946 zur Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit nicht verbraucht ist, sind die mit ihr angesammelten Beträge dem Gewinn 1946 zuzuführen.

Eine der wichtigsten Steuererleichterungen auch für den Handwerker enthält schließlich § 10 OStV. Nach dieser Bestimmung bleiben bei deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen, die buchführende Einzelkaufleute oder Mitunternehmer von Personalgesellschaften sind, in den Kalenderjahren 1940—1950 auf Antrag 50 v. H. des nicht entnommenen Gewinnes, höchstens aber 20 v. H. des Gewinnes oder, falls es für den Steuerpflichtigen günstiger ist, statt des Betrages von 20 v. H. des genannten Gewinnes 40 000,— RM einkommensteuerfrei. Voraussetzung ist dabei, daß die Gewinne aus gewerblichen Betrieben stammen, die in den eingegliederten Ostgebieten gelegen sind. Zur Veranschaulichung diene folgendes praktische Beispiel:

Der Gewinn eines verheirateten Unternehmers mit einem minderjährigen Kind aus seinem in Posen gelegenen Betrieb beträgt RM 50 000,—. Wenn er diesem Betrag RM 9000,— zu seinem Lebensunterhalt genommen hat, dann bleiben von dem nicht entnommenen Gewinn (50 000,— minus 9000,— = 41 000,— RM) 50 v. H., d. h. also RM 20 500,— steuerfrei. Eine Einkommensteuer wäre daher nur von dem verbleibenden Betrag, und zwar in Höhe von RM 5798,— zu entrichten, während im Altreich bei den gleichen Verhältnissen ein solcher von RM 13 130,— zuzüglich RM 6565,— Kriegszuschlag, also insgesamt RM 19 695,—, zu zahlen wären. Die Besserstellung beläuft sich mithin auf rund RM 14 000,—.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß neben den aus volkspolitischen Gründen und im Interesse eines geordneten Aufbaues der Wirtschaft gewährten Ostvergünstigungen mit Wirkung vom 1. Januar 1941 auch in den eingegliederten Ostgebieten zur Förderung der Familie die Ehestandsdarlehen, Siedlungs-Kinderbeihilfen und laufenden Kinderbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen und an Angehörige der Landbevölkerung außerdem Einrichtungsdarlehen und Einrichtungszuschüsse eingeführt sind.

Mit Beginn des Aufbaues der deutschen Wirtschaft im Osten wurde gleichzeitig der Grundstein gelegt für den Ausbau der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen deutschen Privatunternehmers. Die ständig aufwärtsgehende Entwicklung hat in allen Gewerbezweigen eine Steigerung der Umsätze gezeitigt, die weiterhin zunimmt oder sich zumindest in der erreichten Höhe hält. Der wirtschaftliche Erfolg konnte naturgemäß nicht ausbleiben und brachte in vielen Gewerbebetrieben zum Teil außergewöhnliche Gewinne. Es erhebt sich damit von selbst die Frage, ob die erzielten Übergewinne von dem Unternehmer an das Reich abzuführen sind. Rechtsgrundlage hierfür wäre § 22 der Kriegswirtschafts-Verordnung (KWVO.), die jedoch im Ostgebiet noch keine ausdrückliche Geltung erlangt hat. Statt dessen findet sich aber in § 1 der Ostpreisstop-Verordnung vom 12. Dezember 1940 eine Bestimmung, die inhaltlich dem § 22 KWVO. entspricht. Zweck dieser Vorschrift ist es, Preistreibereien, Kriegsgewinne und jeden kriegswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Preis zu verhindern. Das gleiche gilt während des Krieges grundsätzlich auch für § 1 der Ostpreisstop-Verordnung. Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß sich auch die Wirtschaft des Warthegaues den Erfordernissen der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen hat. Wenn daher auch im Warthegau Übergewinne grundsätzlich erfaßt werden müssen, so folgt daraus noch keineswegs, daß der Grundsatz der Übergewinnabschöpfung im gleichen Umfange wie im Altreich anzuwenden ist. Bei der Auslegung des § 1 der Ostpreisstop-Verordnung ist zu berücksichtigen, daß die Wirtschaft der eingegliederten Ostgebiete vorwiegend noch im Aufbau begriffen ist und gewisse Kapitalreserven bilden muß. Der Wirtschaft sollen deshalb auch bei Feststellung des abzuführenden Teils des Übergewinnes die durch die Oststeuerhilfe-Verordnung gewährten Steuervergünstigungen, insbesondere also die Bewertungsfreiheit und die Aufbaurücklage, ungeschmälert erhalten bleiben. Darüber hinaus ist vorgesehen, in besonderen Fällen weitere Teile des Übergewinnes von der Abführung freizustellen, sofern zusätzliche Investierungen notwendig erscheinen und das öffentliche Interesse der Freistellung nicht entgegensteht. Zusammenfassend ergibt sich somit als wichtigstes Ergebnis, daß etwaige Befürchtungen der Wirtschaft, die ihr von dem volkswirtschaftlich gerechtfertigten Gewinn auf Grund der Oststeuerhilfe-Verordnung zufließenden Mittel würden durch die Gewinnabschöpfung wieder verloren gehen, völlig unbegründet sind.

Auf der gleichen Linie mit dieser in großen Umrissen aufgezeigten Wirtschaftspolitik des Reiches liegen auch die verschiedenen Erlasse des

Reichswirtschaftsministers, in denen er die Reichsstellen anweist, den eingegliederten Ostgebieten zum Aufbau der Wirtschaft jede erdenkliche Hilfeleistung zuteil werden zu lassen. Insbesondere wird dabei auf die Notwendigkeit einer bevorzugten Zuweisung öffentlicher Aufträge und einer bevorzugten Berücksichtigung bei allen Material- und Produktionsmittelzuweisungen hingewiesen. Unabhängig davon ist im Handwerk die Frage der Rohstoffbewirtschaftung insofern besonders vorteilhaft geregelt, als die zentrale Lenkung der Kennzifferverteilung durch die Gewerbeförderungsanstalt beim Landeshandwerksmeister eine ausgleichende Rationalisierung unter die einzelnen Fachgruppen ermöglicht und gewährleistet.

Zur Fortbildung und Hebung des Leistungsstandes ist der Gewerbeförderungsanstalt ein gut eingerichtetes Internat angegliedert, das allen Handwerkern im Gau Gelegenheit bietet, an mehrwöchigen Schulungslehrgängen über Betriebstechnik und Betriebswirtschaft teilzunehmen.

Der Handwerker, der dank der großzügigen Förderungsmaßnahmen des Reiches auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens alle Voraussetzungen für die Verwirklichung des altbekannten Sprichwortes „Handwerk hat goldenen Boden" vorfindet, muß sich aber auch auf der anderen Seite stets der Tatsache bewußt sein, daß er mit seinem Einsatz im Osten gegenüber Führer und Volk eine große und wichtige politische Aufgabe übernimmt. Als Träger eines einzigartig politischen Glaubensbekenntnisses hat er sich mit seiner ganzen Person dafür einzusetzen, daß der befreite Osten für alle Zeiten wahrhaft deutsch bleibt. Ohne ein schlagkräftiges gesundes Handwerk ist die deutsche Ostsiedlung und damit die Schaffung eines bodenständigen Deutschtums undenkbar. Jeder deutsche Handwerker im Warthegau hat daher die heilige Verpflichtung, mitzuhelfen an der vom Führer gestellten Aufgabe, die lautet, daß in den befreiten Ostgebieten ein lebendiger Ostwall aus erbgesunden, politisch einwandfreien, leistungsmäßig hochstehenden und kinderreichen deutschen Menschen geschaffen wird.

Deutsche Handwerker! Kommt nach dem Osten und hilft mit an dem großen Aufbauwerk!

(Abgeschlossen am 15. Juni 1941)